FREITAG, 6. MÄRZ 2009 NR. 10 51. JAHRGANG

AZA
8820 Wädenswil

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

ENTFREMDUNG UND DESINTEGRATION

Gegenwart und Zukunft unseres Landes erfahren tiefgreifende Änderungen

Die Wohnbevölkerung der Schweiz hat 2008 ein Rekordwachstum verzeichnet. Mit 106 700 neuen Einwohnern wurde die Schranke von 7,7 Millionen überschritten. Der Anteil der Ausländer von 21,7 Prozent – ein wohl nur provisorischer Rekord – war noch nie so hoch. Bei einem solch hohen Ausländeranteil können wir nicht mehr davon ausgehen, dass es zu einer Integration kommt. Denn wird eine bestimmte Grössenordnung überschritten, bleibt man unter sich, spricht weiter seine Sprache und unternimmt keine Anstrengungen mehr sich anzupassen. Die Schweiz macht es den Migranten auch einfach, denn statt Integration zu fordern und durchzusetzen, passt man sich deren Lebensart und den Forderungen an.

DOMINIQUE BAETTIG
NATIONALRAT SVP
DELSBERG

Wenn man sich daran erinnert, dass die Soziologen noch vor 20 Jahren erklärten, die Toleranzgrenze für eine erfolgreiche Integration liege bei 18 Prozent und jenseits davon gebe es keine harmonische Vermischung mehr, sondern es nehme der Kommunitarismus (d.h. das Nebeneinander einzelner Gemeinschaften) überhand, kann man ermessen, wie weit die Verbreitung der Ideologie des Wirtschaftswachstums um jeden Preis, die Propagierung des Überkonsums und der Verschwendung als gesellschaftliche Werte schon fortgeschritten sind. Die Diversität ist gut für den Konsum, die billigen ausländischen Arbeitskräfte drücken die Löhne und helfen mit, unsere Renten zu bezahlen – oder so scheint es wenigstens. Der positive Migrationssaldo, die Zunahme der Eheschliessungen und Geburten sowie der freie Personenverkehr sollen das Tor zur verklärten «Mehrfachidentität» aufstossen, welche den politisch korrekten Gutmenschen als höchstes Ziel vorschwebt.

Der Begriff Integration

Zuwanderungsbewegungen hat es immer gegeben. Austausch und Annäherung zwischen den Aufgenommenen und der einheimischen Bevölkerung verliefen dabei jeweils harmonisch, nämlich mittels Assimilation, das heisst der Zugewanderte passte sich der Kultur seines Gastlandes an. Es wurde sozusagen ein neuer Bürger geboren, der sich sprachlich, gesellschaftlich, kulturell und politisch in die bestehende Gemeinschaft einfügte, ein vollwertiges Mitglied dieser Gemeinschaft wurde und als solches anerkannt war. Heute wird der Begriff Integration selten über das Minimum hinaus definiert: keine Schwierigkeiten machen, arbeiten, konsumieren, wie alle anderen in den Genuss von Sozialhilfe und Sozialversicherung kommen und – ebenfalls wie alle anderen – auf sein Recht auf Nichtdiskriminierung pochen. Damit sind die Grenzen abgesteckt.

Am Beginn der Desintegration

Mir einem ausländischen Bevölkerungsanteil von 21,7 Prozent – Asylsuchende, Kurzaufenthalter unter einem Jahr und Eingebürgerte nicht mitgezählt – können wir nicht mehr davon ausgehen, dass es wie früher zu einer Anpassung kommt, bei der unsere Landessprachen, unsere christlichen Werte und die tolerante Haltung sowie die Rechte und Pflichten des Bürgers, der Appell an den Gemeinschaftssinn und die Selbstverantwortung respektiert werden. Wir stehen im Namen des Rechts auf Konsum und auf Nichtdiskriminierung am Beginn der Desintegration einer historisch gewachsenen Gemeinschaft, deren Schicksal früher einmal auf der freien Vereinigung und dem Föderalismus gründete. Sogar die Romands, die 20,4 Prozent der Schweizerbevölkerung ausmachen, sind künftig nicht mehr die erste und wichtigste Minderheit des Landes!

Von offizieller Seite als Opfer gehätschelt

Ist einmal eine bestimmte Grössenordnung überschritten, bleibt man unter sich, spricht weiter seine Sprache und unternimmt keine Anstrengungen mehr sich anzupassen, akzeptiert zu werden und als sympathisch zu gelten. Man pocht auf seine Rechte, fühlt sich als Diskriminierungsopfer, fordert, was einem geschuldet ist – vor allem wenn man von offizieller Seite als Opfer gehätschelt wird. Ein Beispiel: In den Freibergen werden seit zwei Jahren keine Französischkurse für Nichtfranzösischsprechende mehr angeboten, die Nachfrage ist zu gering. Das hat keine finanziellen Gründe; die Kosten werden zu mehr als der Hälfte zurückerstattet. Die Sozialarbeiter wissen darum, aber die Sozialdienste setzen angesichts der eigenen Netze der Migranten und ihrer gemeinschaftlichen Reflexe keinen Druck auf. Dieser Prozess wird mit der von der Classe politique gelobten Zunahme der ausländischen Bevölkerung fortschreiten. Schon lässt eine Kommission für die Integration von Ausländern und gegen den Rassismus die jungen Jurassier mit Hilfe eines japanischen Theaters in Legenden und Kulturen «Anderer» eintauchen, die in der Originalsprache vorgetragen werden. Währenddessen werden die Kenntnisse der eigenen Kultur, Religion und Sprache vernachlässigt und relativiert.

Bevölkerungsderegulierung bringt Zerfall von Werten

Man geht langsam von der Assimilation zur Akkomodation über, um die Konzepte des Genfer Kinderpsychologen Jean Piaget zu verwenden, das heisst man passt sich der Lebensart und den Forderungen der Migranten an: Minarette, Geschlechtertrennung, Nahrungsmitteltabus usw. Die logischen Folgen davon werden sein: Desintegration, Zerstörung des sozialen Zusammenhalts, kultureller und historischer Analphabetismus, umgekehrter Rassismus, idealisierter Kommunitarismus – der gute Fremde ersetzt im Unterbewusstsein der Progressisten den guten Wilden von früher! –, schwindender Lebensraum, Zersplitterung einer Gesellschaft, in der nur noch Konsumenten und Unterstützungsempfänger koexistieren. Nicht zu sprechen von der Negativbilanz für die Umwelt, die weiterhin unter dem Bevölkerungswachstum leiden wird. Der Zerfall der erzieherischen, ökologischen, ethischen, kulturellen und ehelichen Werte ist ebenfalls eine Folge einer derartigen Bevölkerungsderegulierung. Wirtschaftswachstum um jeden Preis und Bevölkerungszunahme stossen an ihre Grenzen; sie werden zu einer vorhersehbaren Gefahr und stehen dem Grundsatz einer nachhaltigen Entwicklung entgegen.

BANKEN- UND BANKKUNDENGEHEIMNISKRISE

Die SVP fordert PUK zu Amtshilfeverfahren

Die SVP-Fraktion hat am Dienstag ihr Positionspapier zur Bewältigung der Banken- und Bankkundengeheimniskrise in der Schweiz verabschiedet. Die SVP fordert, dass das volkswirtschaftliche Klumpenrisiko der Grossbanken minimiert werden muss. Das Bankkundengeheimnis gilt es zum Schutz der Privatsphäre der Bankkunden zu stärken und nicht abzuschaffen. Die Schlamperei der zuständigen Behörden, Ämter und Gerichten im Zusammenhang mit den Amtshilfebegehren der USA muss schonungslos aufgeklärt werden. Zu diesem Zweck fordert die SVP-Fraktion eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK).

ZB. Die beiden Schweizer Grossbanken stellen mit ihrer Grösse ein unkalkulierbares, für die Volkswirtschaft untragbares Klumpenrisiko dar. Das Bankkundengeheimnis wird zunehmend ausgehöhlt beziehungsweise dem internationalen Druck geopfert. Mit dem aktuellen Bundesrat offenbart unser Land auch eine eklatante Führungskrise. Der Bundesrat agiert nicht, sondern reagiert auf den Druck und ist sofort bereit Zugeständnisse zu machen. Der Bundesrat ist aufgefordert, umgehend eine Strategie mit einem klaren Massnahmen- und Zeitplan zu erarbeiten, wie er gedenkt die Schweizer Interessen beim Bankkundengeheimnis konsequent und mit Nachdruck zu verteidigen. Dazu fordert die SVP in der laufenden Session eine dringliche Debatte.

Bankkundengeheimnis stärken

Die SVP-Fraktion hat am Dienstag an ihrer Fraktionssitzung mit 45 gegen 5 Stimmen bei 5 Enthaltungen ein Positionspapier zur Bewältigung der Bankenkrise und der aktuellen Krise im Bereich des Bankkundengeheimnisses verabschiedet. Zur Bewältigung der Bankenkrise übernimmt die SVP den in der WAK-N gefunden Kompromiss. Der Bundesrat muss nun endlich Massnahmen ergreifen, um zu verhindern, dass die Schweizer Grossbanken «too big – to fail» sind.

In Bezug auf die Krise beim Bankkundengeheimnis stellt die SVP-Fraktion unmissverständliche Forderungen zu dessen Stärkung. Neben der Verankerung des Bankkundengeheimnisses in der Verfassung verlangt die SVP insbesondere auch eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK), welche die Schlamperei der Behörden in Bezug auf die zu langsame Bearbeitung der Amtshilfebegehren aus den USA untersucht und die Verantwortlichkeiten und Führungsmängel klar aufdeckt.

Aus ALT mach NEU!

Werfen Sie Ihre alte Polstergruppe nicht weg: Wir überziehen sie neu in Stoff und Leder.
Ein neuer Bezug lohnt sich fast immer!
Kostenlose Heimberatung
Rufen Sie uns an

29 Jahre Erfahrung
wideg ag

Industriestrasse 25, 8625 Gossau
Tel. 044 935 25 46, info@wideg.ch
www.wideg.ch

Restaurant Flair

Gutbürgerliche Küche zu fairen Preisen

Fam. Elsa und Werner Wiederkehr-Nydegger

- **Täglich 4 Menus**
- **Hervorragende Weine**
- **Aktuell: Salatbuffet Take away**

Öffnungszeiten:
Mo – Fr 07.00–23.00 Uhr
Sa 09.30–24.00 Uhr
So 10.00–18.00 Uhr

Schaffhauserstrasse 306, 8050 Zürich-Oerlikon
(Tramhaltestelle Berninaplatz)
Tel. 044 310 68 68 www.restaurant-flair.ch

Schreinerei Hanspeter Rütschi

Mettlenbachstrasse 2a, 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00, Fax 044 949 20 01

- Allgemeine Schreinerarbeiten
- Umbau/Renovationen/Bauführungen
- Küchenbau Um- und Neubau
- Geräteaustausch
- Glasreparaturen
- Fenster
- Möbel-Spezialanfertigungen
- Einbruchschutz
- Schliessanlagen
- Türen
- Schränke
- Parkett/Laminat/Teppich/Kork und vieles mehr ...

Fragen Sie uns oder besuchen Sie unsere Ausstellung.

Swiss Security Services

Ihr sicherer Partner für:

– Interventionsdienste
– Objektüberwachungen
– Ordnungsdienste
– Schutzhund-Einsätze
– Patrouillendienste
– Verkehrsdienste u.a.

www.swiss-security.com

Swiss Security Services
Tösstalstrasse 20
8492 Wila ZH
Mobil 076 227 15 35

FINANZEN STEUERN

Wir analysieren, entlasten, überwachen, unterstützen, aktualisieren, optimieren, überprüfen und beraten Sie in allen Steuer- und Buchhaltungsangelegenheiten professionell, individuell und aus einer Hand.

Unsere Spezialitäten
– Steuererklärungen
– Testamente/Erbteilungen
– Firmengründung
– Buchhaltung

Der Erstkontakt mit uns ist immer gratis.

AAA HUBER TREUHAND
AAA – Huber Treuhand GmbH
Balz-Zimmermannstrasse 7
CH-8058 Zürich-Flughafen
Telefon 044 810 30 50
info@tax4u.ch
www.tax4u.ch

Mitglied der SVP Rümlang

Der Bundesratsstadl

VON CHRISTOPH MÖRGELI

Fast ein halbes Jahr schmorten die Amtshilfegesuche beim Finanzdepartement. Seit Monaten wollten die amerikanischen Behörden Aufklärung über UBS-Kunden, die des Steuerbetrugs verdächtigt werden. Seit gefühlten Ewigkeiten schoben Hans-Rudolf Merz und Eveline Widmer-Schlumpf das heisse Dossier vor sich her. Schliesslich verhängte die US-Administration ein Ultimatum: bis 18. Februar 2009, Mitternacht, müssten die Informationen vorliegen. Um 21 Uhr bequemte sich der Bundesrat zu einer Sitzung. Die UBS reichte ihre 300 Kundenakten unverzüglich den Amis weiter. Auf Geheiss der Schweizer Finanzmarktaufsicht (Finma) – die wiederum dem Bundesrat untersteht. Am darauffolgenden Freitagabend verhängt das Bundesverwaltungsgericht eine superprovisorische Verfügung und untersagt die Herausgabe der Daten. Das ist etwa so sinnvoll, wie wenn am 3. August angesichts brennender Wälder rückwirkend das Abfeuern von 1.-August-Raketen verboten würde.

Auf die Frage, warum man nicht früher und koordinierter reagiert habe, bellte Hans-Rudolf Merz: «Ich bin nicht in einem Komödiantenstadl.» Der Bundesrat habe ausserdem seinen Sitzungsrhythmus. Aha. «Das ist der Rhythmus, wo ich mit muss.» Aha. Immer mittwochs. Seit letztem Sommer fanden mindestens zwanzig Bundesratssitzungen statt. Ganz rhythmisch. Ohne dass die Regierung eine brauchbare Strategie entwickelt hätte. Ohne dass Justizministerin Widmer-Schlumpf ihre dreitausend Beamten zu einer rechtsstaatlich vertretbaren Lösung mit den US-Cowboys angetrieben hätte. Offenbar wollte niemand den Bundeshaus-Biorhythmus durcheinanderbringen.

In einem Punkt muss man Merz allerdings Recht geben: Dieser Bundesrat ist tatsächlich kein Komödiantenstadl. Denn das Lachen ist einem mit Blick auf diesen Versagerstadl schon längst vergangen. Dabei dachten sich Couchepin & Co., sie hätten im Dezember 2007 ihr Legislaturziel bereits erreicht: Blocher raus. Gemütlichkeit rein. Kuschelstadl für alle. Und jetzt das: Finanzkrise, UBS-Debakel, Wirtschaftskrieg.

Auf einmal wäre mehr gefragt als Sitzungsrhythmus und gegenseitiges Zunicken. Nämlich Führung statt Beamtenstadl. Internationale Wirtschaftskompetenz statt Provinzstadl. In der grössten Krise aller Zeiten regiert uns der schwächste Bundesrat aller Zeiten. Ein Tragödienstadl.

SESSIONSBERICHT 1. WOCHE

Kulturförderungsgesetz, Minarett-Initiative und schwacher Bundesrat in der Finanzkrise

Die diesjährige Frühjahrssession verspricht spannende und wichtige Debatten. Begonnen wurde am Montag mit der Weiterberatung des Kulturförderungsgesetzes. Wesentlich emotionaler war jedoch die Diskussion über das Minarett-Verbot. In den Wandelhallen und den Fraktionen dominierten die Finanzkrise und das zur Diskussion stehende Konjunkturpaket die Gespräche.

HANS RUTSCHMANN
NATIONALRAT SVP
RAFZ

Zu Beginn der Frühlingssession wurde unser Kollege Ueli Schlüer vereidigt. Er konnte nicht nur seinen ursprünglichen Sitz im Nationalratssaal wieder einnehmen, er kehrt auch in seine beiden angestammten Kommissionen, die Sicherheitspolitische und die Aussenpolitische Kommission, zurück. Gleichzeitig wurde der neugewählte BDP-Vertreter aus dem Kanton Glarus vereidigt. Damit erhielt diese Gruppierung neu Fraktionsstärke. Die Zukunft wird zeigen, ob sich diese Neugründung ohne klares Parteiprogramm längerfristig behaupten kann. Nur «netter» als die SVP zu sein, wird klare politische Aussagen kaum ersetzen.

Mit Inkraftsetzen der totalrevidierten Bundesverfassung im Jahr 2000 erhielt der Bund die verfassungsrechtliche Grundlage für seine allgemeine Förderungstätigkeit im Bereich Kultur. Das nun vorliegende Kulturförderungsgesetz bestimmt die Förderungsmassnahmen, die der Bund zur Unterstützung kultureller Bestrebungen von gesamtschweizerischem Interesse und zur Förderung von Kunst und Musik treffen kann. Gleichzeitig beschloss die vorberatende Kommission, das Bundesgesetz über die Stiftung Pro Helvetia in das neue Kulturförderungsgesetz zu integrieren.

SVP gegen Verbürokratisierung und Aufblähung der Kulturförderung

Für die SVP enthält der Gesetzesentwurf gravierende Schwächen. Inakzeptabel erschien uns vor allem die detaillierte Liste der vom Bund zu unterstützenden Aktivitäten. Es ist nicht die Rolle des Staates, mit teuren Steuergeldern Werkbeiträge an Künstler zu bezahlen. Zudem wird hier die Subsidiaritätsfunktion des Bundes nicht respektiert. Gemäss Bundesverfassung liegt dies jedoch in der Kompetenz der Kantone. Die SVP-Fraktion stellte eine ganze Reihe von Minderheitsanträgen, um das Gesetz in unserem Sinn von bürokratischen und teuren Verpflichtungen zu. Leider erfolglos. Immerhin lehnte die Ratsmehrheit das Ansinnen der Kommissionsmehrheit mit 94:70 Stimmen ab, einen Kulturrat als neues beratendes Organ der Regierung einzusetzen. In der Gesamtabstimmung passierte das Gesetz gegen den Willen der SVP mit 125:50 Stimmen.

Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten»

Am Mittwoch diskutierte der Nationalrat die Minarett-Initiative. Sie wurde am 8. Juli 2008 eingereicht. Sie verlangt eine Ergänzung von Art. 72 der Bundesverfassung mit einem dritten Absatz, der die Errichtung neuer Minarette in der Schweiz umfassend und ausnahmslos verbietet. Das Initiativkomitee argumentiert, das Minarett als Bauwerk habe keinen religiösen Charakter, sondern sei ein Symbol jenes religiös-politischen Machtanspruchs, der zur Verfassung und Rechtsordnung der Schweiz im Widerspruch stehe. Ein Verbot, Minarette zu errichten, tangiere die Religionsfreiheit nicht. Die Initiative wurde von der SVP-Fraktion unterstützt. So führte Ueli Schlüer u.a. aus: «Das Minarett ist die Speerspitze der Scharia.» Die Gegner befürchteten, dass ein Bauverbot im Sinne der Initiative im Ausland auf Unverständnis stossen und dem Ansehen der Schweiz schaden würde. Die Ratslinke argumentierte vor allem formalistisch und wollte die Volksinitiative als ungültig erklären.

Bankenkrise, Bankkundengeheimnis und Konjunkturprogramm

Diese drei Themen werden im Parlament zwar erst in der zweiten und dritten Sessionswoche diskutiert. In allen Fraktionen wurden diese Debatten jedoch bereits vorbereitet. Zur Bankenkrise und dem Bankkundengeheimnis präsentierte die SVP nach der Fraktionssitzung am Dienstagnachmittag der Öffentlichkeit ein Positionspapier. Darin forderte sie eine Prüfung der Trennung der Bankaktivitäten im In- und Auslandgeschäft um ein Klumpenrisiko in der Schweiz zu verhindern sowie eine Salärstruktur, welche die Beanspruchung von Staatsmitteln berücksichtigt. Gleichzeitig setzte sich die Fraktion für die Gewährleistung des Bankkundengeheimnisses ein. Die SVP steht ohne Wenn und Aber zum Schutz der Privatsphäre und des Privateigentums des Bürgers.

«Unglaubliche Schlamperei» des Bundesrates

Sodann kritisierte die SVP auch den Bundesrat. Dieser hat es versäumt, im Zusammenhang mit den Forderungen aus den USA angemessen zu reagieren. Gemäss Christoph Blocher ist es eine «unglaubliche Schlamperei», dass die amerikanischen Begehren um Amtshilfe nicht schneller bearbeitet wurden. Offensichtlich fehlte dem Bundesrat dazu sowohl der Wille, der Durchblick, wie auch ein Zeitplan. Viele Parlamentarier beobachten mit Sorge, wie schwach der Bundesrat in dieser gegenwärtig schwierigen Zeit agiert.

ALARMIERENDE MILLIARDEN-AUSSTÄNDE IN OSTEUROPA

Weitere Leichen im Keller

Im Abstimmungskampf zur Personenfreizügigkeit wurden den Stimmbürgern die Länder Osteuropas von Bund und Wirtschaft einhellig als interessante, attraktive Wachstumsmärkte propagiert.

ULRICH SCHLÜER
NATIONALRAT SVP
FLAACH

Die tatsächliche Lage der osteuropäischen Länder erweist sich jetzt, nach der Abstimmung, als deutlich anders, als markant schlechter als das angebliche Sachverständige im Abstimmungskampf wahrhaben wollten. Das Wachstum dort ist auf Schuldentürme gebaut. Und die Schuldentürme brechen zusammen.

Wachstum auf Schulden gebaut

Ausgeblendet wurde schon im Abstimmungskampf, dass seit dem Beitritt der Ostländer zur EU massive Kohäsionszahlungen als Osthilfe in diese EU-Neumitglieder geflossen sind. Auch die Schweiz musste dazu bekanntlich ihre Ostmilliarde beisteuern. Diese Zahlungen, die tatsächlich ein nicht unbedeutendes Bestellungsvolumen auslösten, haben die Öffentlichkeit indessen über die wahre Wirtschaftskraft der Ostländer getäuscht.

Kürzlich hat die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) mit Sitz in Basel präzise Zahlen publiziert über den Stand der Guthaben aller Euro-Länder sowie Schwedens, Grossbritanniens und der Schweiz gegenüber den EU-Ostländern sowie Russland und der Türkei. Die Zahlen dokumentieren den Zustand am Ende des dritten Quartals 2008 – also noch vor dem Ausbruch der eigentlichen, schweren Weltwirtschaftskrise wenige Wochen später. Interessant sind die BIZ-Zahlen, weil sie nicht bloss die Guthaben von Banken aus westlichen Ländern ausweisen. Sie enthalten zusätzlich eine Schätzung über die Verluste, die aus den Guthaben mangels Zahlungsfähigkeit der osteuropäischen Schuldenländer resultieren dürften. Die Resultate dieser BIZ-Berechnungen beunruhigen zweifellos auch die international tätigen Schweizer Banken erheblich.

Exorbitante Ausstände

Per 30. September 2008 betrugen die Ausstände der westeuropäischen Banken bei den erwähnten Ostländern insgesamt 1250 Milliarden US-Dollar. Die höchsten Ausstände verzeichnen österreichische, deutsche und italienische Banken. Für Österreich ist die Situation am gefährlichsten, entsprechen die österreichischen Ausstände von rund 275 Milliarden Dollar doch einem Anteil von nicht weniger als 65 Prozent am Bruttoinlandprodukt von Österreich. Schwedische Banken beziffern ihre Ausstände auf rund 105 Milliarden Dollar, was zwanzig Prozent des schwedischen Bruttoinlandprodukts entspricht. Aber auch Schweizer Banken verzeichneten Ende September 2008 Ausstände von rund sechzig Milliarden Dollar – das entspricht zwölf Prozent des schweizerischen Bruttoinlandprodukts.

Massiver Abschreibungsbedarf

Alarmierend sind die BIZ-Schätzungen zum Ausmass der voraussichtlich nicht mehr einbringbaren Ausstände, deren Abschreibung durch die kreditgebenden Banken zwingend werden dürfte. Den österreichischen Banken sagt die BIZ ein Abschreibe-Volumen von sage und schreibe 50 Milliarden Dollar voraus, den Euro-Ländern insgesamt ein solches von 220 Milliarden. Schweden müsse mit Ausfällen von 29 Milliarden Dollar rechnen, die Schweizer Banken mit Abschreibungen von immerhin 15 Milliarden Dollar.

Im Klartext: Zusätzlich zu den bereits wegen maroder US-Papiere erforderlich gewordenen Mammut-Abschreibungen, insbesondere der Grossbanken, welche die UBS ohne Staatshilfe in den Konkurs getrieben hätten, dürften die international tätigen Schweizer Banken weitere 15 Milliarden US-Dollar Verlust gewärtigen müssen aus schlechten Geschäften mit osteuropäischen Staaten – vor allem auch mit solchen Staaten, welche Bundesrat und Wirtschaft den Stimmbürgern vor wenigen Wochen noch als attraktive Wachstumsmärkte «verkauft» haben.

Düstere Aussichten

Sicher: Angesichts des Volumens an Abschreibungen, die aus Spekulationsgeschäften mit maroden US-Papieren nötig wurden, nehmen sich die 15 Zusatzmilliarden, welche osteuropäische Schuldenländer den Schweizer Banken voraussichtlich einbrocken werden, fast bescheiden aus. Aber der zusätzliche Abschreibe-Bedarf trifft ein Schweizer Bankensystem, das bereits erheblich geschwächt ist. Und er resultiert aus uneinbringbaren Schulden, die allein aus Osteuropa anfallen. Auch aus andern Weltregionen werden bekanntlich schwere Wirtschaftseinbrüche gemeldet. Auch diese werden Schweizer Banken treffen.

Der Höhepunkt der Verschuldungskrise ist noch längst nicht erreicht.

UNO: Vormarsch der Wüsten ist Hauptbedrohung – es braucht mehr Oasen

zac. Schon heute bedecken Wüsten rund einen Drittel der Oberfläche der Erde, und sie breiten sich schnell aus: 50 000 bis 70 000 Quadratkilometer Boden gehen jedes Jahr an die Wüsten verloren. Das Jahr 2006 wurde von den Vereinten Nationen zum Internationalen Jahr der Wüste und Wüstenbildung ernannt. Nach Ansicht einer DEZA-Vertreterin sei Desertifikation nicht die Ursache für die Armut; sondern eine Folge davon.

Die Schweiz leistet einen wichtigen Beitrag gegen die Versteppung der Welt. Sie schickte 2006 sogar eigens Bundesrat Leuenberger an eine zweitägige – von der Schweizer Entwicklungs-Agentur (DEZA) mitorganisierte – Konferenz nach Kenia. Auch die UNO-Konvention gegen die Versteppung (UNCCD) hat die Schweiz selbstverständlich ratifiziert.

Zurzeit macht nicht der Kampf gegen Wüsten, sondern gegen Oasen von sich reden – gegen Steueroasen. Doch muss es, wo es Oasen gibt, nicht auch eine Wüste geben? Und sollte das Streben der Nationen nicht eher darauf abzielen, Oasen zu vergrössern und zu mehren? Schliesslich sind sie der Ort, wo sich der durstige und erschöpfte Reisende laben und erholen kann. Was muss jemand für Motive haben, wenn er eine Oase zur Wüste machen will?

Der Bundesratsstadl

VON CHRISTOPH MÖRGELI

Fast ein halbes Jahr schmorten die Amtshilfegesuche beim Finanzdepartement. Seit Monaten wollten die amerikanischen Behörden Aufklärung über UBS-Kunden, die des Steuerbetrugs verdächtigt werden. Seit gefühlten Ewigkeiten schoben Hans-Rudolf Merz und Eveline Widmer-Schlumpf das heisse Dossier vor sich her. Schliesslich verhängte die US-Administration ein Ultimatum: bis 18. Februar 2009, Mitternacht, müssten die Informationen vorliegen. Um 21 Uhr bequemte sich der Bundesrat zu einer Sitzung. Die UBS reichte ihre 300 Kundenakten unverzüglich den Amis weiter. Auf Geheiss der Schweizer Finanzmarktaufsicht (Finma) – die wiederum dem Bundesrat untersteht. Am darauffolgenden Freitagabend verhängt das Bundesverwaltungsgericht eine superprovisorische Verfügung und untersagt die Herausgabe der Daten. Das ist etwa so sinnvoll, wie wenn am 3. August angesichts brennender Wälder rückwirkend das Abfeuern von 1.-August-Raketen verboten würde.

Auf die Frage, warum man nicht früher und koordinierter reagiert habe, bellte Hans-Rudolf Merz: «Ich bin nicht in einem Komödiantenstadl.» Der Bundesrat habe ausserdem seinen Sitzungsrhythmus. Aha. «Das ist der Rhythmus, wo ich mit muss.» Aha. Immer mittwochs. Seit letztem Sommer fanden mindestens zwanzig Bundesratssitzungen statt. Ganz rhythmisch. Ohne dass die Regierung eine brauchbare Strategie entwickelt hätte. Ohne dass Justizministerin Widmer-Schlumpf ihre dreitausend Beamten zu einer rechtsstaatlich vertretbaren Lösung mit den US-Cowboys angetrieben hätte. Offenbar wollte niemand den Bundeshaus-Biorhythmus durcheinanderbringen.

In einem Punkt muss man Merz allerdings Recht geben: Dieser Bundesrat ist tatsächlich kein Komödiantenstadl. Denn das Lachen ist einem mit Blick auf diesen Versagerstadl schon längst vergangen. Dabei dachten sich Couchepin & Co., sie hätten im Dezember 2007 ihr Legislaturziel bereits erreicht: Blocher raus. Gemütlichkeit rein. Kuschelstadl für alle. Und jetzt das: Finanzkrise, UBS-Debakel, Wirtschaftskrieg.

Auf einmal wäre mehr gefragt als Sitzungsrhythmus und gegenseitiges Zunicken. Nämlich Führung statt Beamtenstadl. Internationale Wirtschaftskompetenz statt Provinzstadl. In der grössten Krise aller Zeiten regiert uns der schwächste Bundesrat aller Zeiten. Ein Tragödienstadl.

SESSIONSBERICHT 1. WOCHE

Kulturförderungsgesetz, Minarett-Initiative und schwacher Bundesrat in der Finanzkrise

Die diesjährige Frühjahrssession verspricht spannende und wichtige Debatten. Begonnen wurde am Montag mit der Weiterberatung des Kulturförderungsgesetzes. Wesentlich emotionaler war jedoch die Diskussion über das Minarett-Verbot. In den Wandelhallen und den Fraktionen dominierten die Finanzkrise und das zur Diskussion stehende Konjunkturpaket die Gespräche.

HANS RUTSCHMANN
NATIONALRAT SVP
RAFZ

Zu Beginn der Frühlingssession wurde unser Kollege Ueli Schlüer vereidigt. Er konnte nicht nur seinen ursprünglichen Sitz im Nationalratssaal wieder einnehmen, er kehrt auch in seine beiden angestammten Kommissionen, die Sicherheitspolitische und die Aussenpolitische Kommission, zurück. Gleichzeitig wurde der neugewählte BDP-Vertreter aus dem Kanton Glarus vereidigt. Damit erhielt diese Gruppierung neu Fraktionsstärke. Die Zukunft wird zeigen, ob sich diese Neugründung ohne klares Parteiprogramm längerfristig behaupten kann. Nur «netter» als die SVP zu sein, wird klare politische Aussagen kaum ersetzen.

Mit Inkraftsetzen der totalrevidierten Bundesverfassung im Jahr 2000 erhielt der Bund die verfassungsrechtliche Grundlage für seine allgemeine Förderungstätigkeit im Bereich Kultur. Das nun vorliegende Kulturförderungsgesetz bestimmt die Förderungsmassnahmen, die der Bund zur Unterstützung kultureller Bestrebungen von gesamtschweizerischem Interesse und zur Förderung von Kunst und Musik treffen kann. Gleichzeitig beschloss die vorberatende Kommission, das Bundesgesetz über die Stiftung Pro Helvetia in das neue Kulturförderungsgesetz zu integrieren.

SVP gegen Verbürokratisierung und Aufblähung der Kulturförderung

Für die SVP enthält der Gesetzesentwurf gravierende Schwächen. Inakzeptabel erschien uns vor allem die detaillierte Liste der vom Bund zu unterstützenden Aktivitäten. Es ist nicht die Rolle des Staates, mit teuren Steuergeldern Werkbeiträge an Künstler zu bezahlen. Zudem wird hier die Subsidiaritätsfunktion des Bundes nicht respektiert. Gemäss Bundesverfassung liegt dies jedoch in der Kompetenz der Kantone. Die SVP-Fraktion stellte eine ganze Reihe von Minderheitsanträgen, um das Gesetz in unserem Sinn von bürokratischen und teuren Verpflichtungen zu. Leider erfolglos. Immerhin lehnte die Ratsmehrheit das Ansinnen der Kommissionsmehrheit mit 94:70 Stimmen ab, einen Kulturrat als neues beratendes Organ der Regierung einzusetzen. In der Gesamtabstimmung passierte das Gesetz gegen den Willen der SVP mit 125:50 Stimmen.

Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten»

Am Mittwoch diskutierte der Nationalrat die Minarett-Initiative. Sie wurde am 8. Juli 2008 eingereicht. Sie verlangt eine Ergänzung von Art. 72 der Bundesverfassung mit einem dritten Absatz, der die Errichtung neuer Minarette in der Schweiz umfassend und ausnahmslos verbietet. Das Initiativkomitee argumentiert, das Minarett als Bauwerk habe keinen religiösen Charakter, sondern sei ein Symbol jenes religiös-politischen Machtanspruchs, der zur Verfassung und Rechtsordnung der Schweiz im Widerspruch stehe. Ein Verbot, Minarette zu errichten, tangiere die Religionsfreiheit nicht. Die Initiative wurde von der SVP-Fraktion unterstützt. So führte Ueli Schlüer u.a. aus: «Das Minarett ist die Speerspitze der Scharia.» Die Gegner befürchteten, dass ein Bauverbot im Sinne der Initiative im Ausland auf Unverständnis stossen und dem Ansehen der Schweiz schaden würde. Die Ratslinke argumentierte vor allem formalistisch und wollte die Volksinitiative als ungültig erklären.

Bankenkrise, Bankkundengeheimnis und Konjunkturprogramm

Diese drei Themen werden im Parlament zwar erst in der zweiten und dritten Sessionswoche diskutiert. In allen Fraktionen wurden diese Debatten jedoch bereits vorbereitet. Zur Bankenkrise und dem Bankkundengeheimnis präsentierte die SVP nach der Fraktionssitzung am Dienstagnachmittag der Öffentlichkeit ein Positionspapier. Darin forderte sie eine Prüfung der Trennung der Bankaktivitäten im In- und Auslandgeschäft um ein Klumpenrisiko in der Schweiz zu verhindern sowie eine Salärstruktur, welche die Beanspruchung von Staatsmitteln berücksichtigt. Gleichzeitig setzte sich die Fraktion für die Gewährleistung des Bankkundengeheimnisses ein. Die SVP steht ohne Wenn und Aber zum Schutz der Privatsphäre und des Privateigentums des Bürgers.

«Unglaubliche Schlamperei» des Bundesrates

Sodann kritisierte die SVP auch den Bundesrat. Dieser hat es versäumt, im Zusammenhang mit den Forderungen aus den USA angemessen zu reagieren. Gemäss Christoph Blocher ist es eine «unglaubliche Schlamperei», dass die amerikanischen Begehren um Amtshilfe nicht schneller bearbeitet wurden. Offensichtlich fehlte dem Bundesrat dazu sowohl der Wille, der Durchblick, wie auch ein Zeitplan. Viele Parlamentarier beobachten mit Sorge, wie schwach der Bundesrat in dieser gegenwärtig schwierigen Zeit agiert.

ALARMIERENDE MILLIARDEN-AUSSTÄNDE IN OSTEUROPA

Weitere Leichen im Keller

Im Abstimmungskampf zur Personenfreizügigkeit wurden den Stimmbürgern die Länder Osteuropas von Bund und Wirtschaft einhellig als interessante, attraktive Wachstumsmärkte propagiert.

ULRICH SCHLÜER
NATIONALRAT SVP
FLAACH

Die tatsächliche Lage der osteuropäischen Länder erweist sich jetzt, nach der Abstimmung, als deutlich anders, als markant schlechter als das angebliche Sachverständige im Abstimmungskampf wahrhaben wollten. Das Wachstum dort ist auf Schuldentürme gebaut. Und die Schuldentürme brechen zusammen.

Wachstum auf Schulden gebaut

Ausgeblendet wurde schon im Abstimmungskampf, dass seit dem Beitritt der Ostländer zur EU massive Kohäsionszahlungen als Osthilfe in diese EU-Neumitglieder geflossen sind. Auch die Schweiz musste dazu bekanntlich ihre Ostmilliarde beisteuern. Diese Zahlungen, die tatsächlich ein nicht unbedeutendes Bestellungsvolumen auslösten, haben die Öffentlichkeit indessen über die wahre Wirtschaftskraft der Ostländer getäuscht.

Kürzlich hat die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) mit Sitz in Basel präzise Zahlen publiziert über den Stand der Guthaben aller Euro-Länder sowie Schwedens, Grossbritanniens und der Schweiz gegenüber den EU-Ostländern sowie Russland und der Türkei. Die Zahlen dokumentieren den Zustand am Ende des dritten Quartals 2008 – also noch vor dem Ausbruch der eigentlichen, schweren Weltwirtschaftskrise wenige Wochen später. Interessant sind die BIZ-Zahlen, weil sie nicht bloss die Guthaben von Banken aus westlichen Ländern ausweisen. Sie enthalten zusätzlich eine Schätzung über die Verluste, die aus den Guthaben mangels Zahlungsfähigkeit der osteuropäischen Schuldenländer resultieren dürften. Die Resultate dieser BIZ-Berechnungen beunruhigen zweifellos auch die international tätigen Schweizer Banken erheblich.

Exorbitante Ausstände

Per 30. September 2008 betrugen die Ausstände der westeuropäischen Banken bei den erwähnten Ostländern insgesamt 1250 Milliarden US-Dollar. Die höchsten Ausstände verzeichnen österreichische, deutsche und italienische Banken. Für Österreich ist die Situation am gefährlichsten, entsprechen die österreichischen Ausstände von rund 275 Milliarden Dollar doch einem Anteil von nicht weniger als 65 Prozent am Bruttoinlandprodukt von Österreich. Schwedische Banken beziffern ihre Ausstände auf rund 105 Milliarden Dollar, was zwanzig Prozent des schwedischen Bruttoinlandprodukts entspricht. Aber auch Schweizer Banken verzeichneten Ende September 2008 Ausstände von rund sechzig Milliarden Dollar – das entspricht zwölf Prozent des schweizerischen Bruttoinlandprodukts.

Massiver Abschreibungsbedarf

Alarmierend sind die BIZ-Schätzungen zum Ausmass der voraussichtlich nicht mehr einbringbaren Ausstände, deren Abschreibung durch die kreditgebenden Banken zwingend werden dürfte. Den österreichischen Banken sagt die BIZ ein Abschreibe-Volumen von sage und schreibe 50 Milliarden Dollar voraus, den Euro-Ländern insgesamt ein solches von 220 Milliarden. Schweden müsse mit Ausfällen von 29 Milliarden Dollar rechnen, die Schweizer Banken mit Abschreibungen von immerhin 15 Milliarden Dollar.

Im Klartext: Zusätzlich zu den bereits wegen maroder US-Papiere erforderlich gewordenen Mammut-Abschreibungen, insbesondere der Grossbanken, welche die UBS ohne Staatshilfe in den Konkurs getrieben hätten, dürften die international tätigen Schweizer Banken weitere 15 Milliarden US-Dollar Verlust gewärtigen müssen aus schlechten Geschäften mit osteuropäischen Staaten – vor allem auch mit solchen Staaten, welche Bundesrat und Wirtschaft den Stimmbürgern vor wenigen Wochen noch als attraktive Wachstumsmärkte «verkauft» haben.

Düstere Aussichten

Sicher: Angesichts des Volumens an Abschreibungen, die aus Spekulationsgeschäften mit maroden US-Papieren nötig wurden, nehmen sich die 15 Zusatzmilliarden, welche osteuropäische Schuldenländer den Schweizer Banken voraussichtlich einbrocken werden, fast bescheiden aus. Aber der zusätzliche Abschreibe-Bedarf trifft ein Schweizer Bankensystem, das bereits erheblich geschwächt ist. Und er resultiert aus uneinbringbaren Schulden, die allein aus Osteuropa anfallen. Auch aus andern Weltregionen werden bekanntlich schwere Wirtschaftseinbrüche gemeldet. Auch diese werden Schweizer Banken treffen.

Der Höhepunkt der Verschuldungskrise ist noch längst nicht erreicht.

UNO: Vormarsch der Wüsten ist Hauptbedrohung – es braucht mehr Oasen

zac. Schon heute bedecken Wüsten rund einen Drittel der Oberfläche der Erde, und sie breiten sich schnell aus: 50 000 bis 70 000 Quadratkilometer Boden gehen jedes Jahr an die Wüsten verloren. Das Jahr 2006 wurde von den Vereinten Nationen zum Internationalen Jahr der Wüste und Wüstenbildung ernannt. Nach Ansicht einer DEZA-Vertreterin sei Desertifikation nicht die Ursache für die Armut; sondern eine Folge davon.

Die Schweiz leistet einen wichtigen Beitrag gegen die Versteppung der Welt. Sie schickte 2006 sogar eigens Bundesrat Leuenberger an eine zweitägige – von der Schweizer Entwicklungs-Agentur (DEZA) mitorganisierte – Konferenz nach Kenia. Auch die UNO-Konvention gegen die Versteppung (UNCCD) hat die Schweiz selbstverständlich ratifiziert.

Zurzeit macht nicht der Kampf gegen Wüsten, sondern gegen Oasen von sich reden – gegen Steueroasen. Doch muss es, wo es Oasen gibt, nicht auch eine Wüste geben? Und sollte das Streben der Nationen nicht eher darauf abzielen, Oasen zu vergrössern und zu mehren? Schliesslich sind sie der Ort, wo sich der durstige und erschöpfte Reisende laben und erholen kann. Was muss jemand für Motive haben, wenn er eine Oase zur Wüste machen will?

KANTONSRAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

Integration auf Kosten des Kantons

Die 100. Kantonsratssitzung der laufenden Amtsperiode beschloss die Überweisung eines Postulats mit dem Ziel kostenlose Integrationskurse und Deutschkurse für die ausländische Wohnbevölkerung einzuführen. Ausserdem wurde unter anderem über Guantánamo Häftlinge, Mobilfunkantennen, erfolglose Politiker, Wärmedämmung und das Opernhaus debattiert.

YVES SENN
KANTONSRAT SVP
WINTERTHUR

Ein Postulat von SP und EVP verlangt, dass sich der Regierungsrat dafür einsetzt, dass der ausländischen Wohnbevölkerung kostenlose Integrationskurse und Deutschkurse angeboten werden. Im neuen Ausländergesetz, dass im September 2006 vom Volk angenommen wurde, ist geregelt, dass die Förderung der Integration der ausländischen Wohnbevölkerung durch den Bund, die Kantone und die Gemeinden wahrgenommen werden muss. Wortgemäss steht im Bundesgesetz über Ausländerinnen und Ausländer folgendes: Bund, Kantone und Gemeinden sorgen für eine angemessene Information der Ausländerinnen und Ausländer über die Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Schweiz, insbesondere über ihre Rechte und Pflichten. Ausländerinnen und Ausländer werden auf bestehende Angebote zur Integrationsförderung hingewiesen. Allerdings ist nicht festgehalten, dass diese Kurse kostenlos angeboten werden müssen. **Bruno Walliser** (SVP, Volketswil) stellt im Rat fest, dass die SVP nicht gegen diese Kurse sei. Im Gegenteil, es werde von uns verlangt, dass sich Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz integrieren. Allerdings werde nirgends von einem Gratisangebot gesprochen. Das Postulat sei unter dem Motto «was nichts kostet ist auch nichts wert» abzulehnen. **Samuel Ramseyer** (SVP, Niederglatt) machte den Rat darauf aufmerksam, dass eine Spezialkommission für das Integrationsgesetz an der Arbeit sei. Diese Fragen sollten im Rahmen der Kommissionsarbeit behandelt werden. Ausserdem müsse auch die Kostenfrage von der Kommission vertieft beurteilt werden. Demnach sei das Postulat überflüssig. Der Rat lies sich nicht überzeugen und stimmte mit 103 zu 53 Stimmen für die Überweisung. Das Geschäft geht nun an den Regierungsrat, welcher innert zweier Jahren einen Bericht verfassen muss.

Guantánamo-Häftlinge

Zu dem Postulat von **René Isler** (SVP, Winterthur) betreffend einer Nichtaufnahme von Guantánamo-Häftlingen, dass vor vier Wochen für dringlich erklärt wurde, lag eine Stellungnahme des Regierungsrats vor. Der Regierungsrat ist der Meinung, dass ehemalige Häftlinge erst dann in der Schweiz aufgenommen werden können, wenn diese in einem rechtsstaatlichen Verfahren rehabilitierte Häftlinge aus persönlichen Gründen nicht in jenem Land leben wollen oder können, welches ihnen derart Unrecht angetan hat. Die Schweiz könnte allenfalls prüfen, ob sie zusammen mit anderen europäischen Staaten Hand bieten kann. Dabei müssten die USA garantieren können, dass die aufzunehmende Gefangene kein Sicherheitsrisiko darstellen. Es könnte nicht angehen, Personen aufzunehmen, die für die USA selbst ein Sicherheitsrisiko darstellen. Im heutigen Zeitpunkt ist es angesichts der vielen offenen Fragen verfrüht, sich zur Frage der Aufnahme von Guantánamo-Häftlingen abschliessend zu äussern. Darum beantragte der Regierungsrat das Postulat nicht zu überweisen. **René Isler** betonte im Rat, dass es nicht sein dürfe, dass unsere Landeregierung einen Freipass für ehemalige Terroristen signalisiere. Die Folgen wären nicht absehbar. Der Kanton Zürich müsse sein Veto einlegen und klar gegen die allfällige Aufnahme von Guantánamo votieren. Dies haben im Übrigen auch schon mehrere europäische Minister gemacht. Frankreich, Deutschland, Österreich und Italien haben bereits signalisiert, dass sie gegen die Aufnahme von Guantánamo-Häftlingen seien (siehe Kommentar). Wer ein Problem verursache, müsse dies auch selber lösen. Die Grünen votierten, dass sich die Frage zurzeit nicht stelle und der Regierungsrat aus diesem Grund keine Stellung beziehen soll. Die CVP meinte gar, dass die Schweiz mit der Aufnahme von Guantánamo-Häftlingen in den USA wieder für positive Schlagzeilen sorgen könne. **Jürg Trachsel** (SVP, Richterswil) stellte klar, dass es bei weitem nicht zu früh sei, um über dieses Problem zu reden. Im Sommer 2008 seien bereits Asylgesuche von drei ehemaligen Guantánamo-Häftlingen in der Schweiz gestellt worden. Jetzt würden wir die Möglichkeit haben, zu agieren statt zu reagieren. Das Postulat wurde mit 56 zu 113 Stimmen nicht überwiesen.

Emissionsarme Mobilfunknetze

Eine Behördeninitiative der Stadt Zürich verlangt, dass der Regierungrat mit den Mobilfunkbetreibern für die Gemeinden ein Kooperations- und Dialogmodell als planerische Massnahme zu vereinbaren hat. Mit dem Ziel, die Strahlenbelastung im Siedlungsgebiet möglichst weitgehend zu senken und den Aufbau von Parallelinfrastrukturen zu vermeiden. **John Appenzeller** (SVP, Stallikon) betonte im Rat, die viel zitierten Studien betreffend Strahlenbelastung seien von anderen Studien widerlegt worden. Die Konsumenten würden eine hohe Netzabdeckung verlangen, sich gleichzeitig jedoch über die zu diesem Zweck aufgestellten Antennen stören. Die Sorge der Stadt Zürich sei rührend, aber unnötig. Die FDP doppelte nach und forderte, ein Zeichen gegen diesen politischen Leerlauf zu setzen. Die vorläufige Unterstützung kam dennoch mit 88 Stimmen zustande.

Abberufung von Politikern bei Versagen

Ein Bürger forderte mit einer Einzelinitiative, dass Politikerinnen und Politiker während der Amtszeit abgewählt werden können, wenn sie gravierende Fehler machen oder Versprechungen vor den Wahlen abgeben und nach der Wahl nicht einhalten. **Claudio Zanetti** (SVP, Zollikon) zeigte im Rat ein gewisses Verständnis für die Forderungen. Dies in Anbetracht dessen, dass die Stimmbürger über ein Polizei- und Justizzentrum für 540 Millionen Franken an die Urnen gebeten wurden und sich die Kosten bei genauerer Berechnung auf 700 Millionen Franken belaufen würden. Oder wenn der Kanton Zürich 350 000 Franken für ein neues Logo ausgebe oder eine neue Autobahn mit einem Fest für 5,5 Millionen Franken feiern möchte. Jedoch sei der Vorstoss nicht praktikabel. Um das Problem zu lösen, würden regelmässig Wahlen durchgeführt. Der Rat unterstützte die Einzelinitiative mit keiner Stimme.

Opernhaus der Zukunft

Mit einem SP-Postulat wurde der Regierungsrat im Jahr 2007 aufgefordert, dem Kantonsrat einen Bericht vorzulegen, in welchem er Entwicklungsvarianten für das Zürcher Opernhaus skizziert, die jeweils zu erwartenden Folgen für den Kultur- und Wirtschaftsstandort aufzeigt und seine eigenen Vorstellungen für die Weiterführung des Hauses in der mittelfristigen Zukunft darlegt. **Samuel Ramseyer** (SVP, Niederglatt) zeigte in seiner Funktion als Präsident der Kommission für Bildung und Kultur auf, dass der Regierungsrat eine Münchner Firma für die Entwicklungsszenarien engagiert habe. **Claudio Schmid** (SVP, Bülach) betonte im Rat, dass wir die Postulatsantwort zur Kenntnis nehmen würden.

Viel interessanter sei jedoch die finanzielle Lage des Opernhauses. Können wir davon ausgehen, dass der Kanton keinen Rappen nachzahlen müsse? Regierungspräsident Markus Notter (SP) betonte, dass die jährlich 70 Millionen für das Opernhaus im internationalen Vergleich bescheiden seien.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Guantánamo-Häftlinge zum Zweiten

RENÉ ISLER
KANTONSRAT SVP
WINTERTHUR

Auch wenn durch die erdbebenartigen Geschehnisse rund um die UBS, das nach wie vor sicherheitspolitisch sehr bedenkliche Vorhaben, Guantánamo-Häftlinge in unserem neutralen Staat aufnehmen zu wollen, etwas in den Hintergrund geraten ist, so ist dieses leidige Thema leider noch immer nicht vom Tisch.

Unsere beiden Bundesrätinnen Widmer-Schlumpf und Calmy-Rey wünschen sich nach wie vor sehnlichst, den Amerikanern mitzuhelfen, das von ihnen selbstauferlegte und innenpolitisch kaum lösbare Problem zu tragen. Dies hätte für unser Land und für unsere Bevölkerung im Kanton Zürich nicht absehbare Folgen. Es kann und darf nicht sein, dass unsere Landesregierung einmal mehr Freipässe für die Einreise von mutmasslichen Terroristen vergibt, wurden doch viele der in Guantánamo inhaftierten Häftlinge allesamt in und um sogenannte Terrorausbildungszellen aufgegriffen! Wir halten deshalb an der Forderung fest, dass der Regierungsrat dringend in Bundesbern sein Veto einlegen muss und klar signalisiert, dass der Wirtschaftskanton Zürich nicht bereits ist, Guantánamo-Häftlinge aufzunehmen.

Man darf bei diesem sicherheitsrelevanten Thema der SVP nicht vorwerfen, sie betreibe hier pure Angstmacherei. Mehrere europäische Minister haben nämlich kürzlich in Prag eine Übernahme von Gefangenen aus dem US-Lager Guantánamo teilweise vehement abgelehnt. «Die Verantwortung für diejenigen, die jahrelang in Guantánamo festgehalten wurden, liegt voll umfänglich bei den Vereinigten Staaten von Amerika», sagte zum Beispiel der deutsche Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble beim Treffen seiner EU-Amtskollegen in Prag. Ähnlich äusserte sich auch die französische Innenministerin Michèle Alliot-Marie: Auch für Frankreich ist die Aufnahme von Guantánamo-Häftlingen nach wie vor kein Thema. Auch unser Nachbarland Österreich lehnt eine Aufnahme von Guantánamo-Häftlingen vehement ab, sagte die österreichische Innenministerin Maria Fekter. «Wir betrachten das als Problem der Amerikaner und nur als Problem der Amerikaner.» Auch ihr Regierungskollege, der österreichische Aussenminister Michael Spindelegger, spricht sich nach wie vor gegen eine Aufnahme freigelassener Häftlinge aus dem umstrittenen US-Gefangenenlager Guantánamo auf Kuba aus. Auf die Frage, ob eine Aufnahme von ehemaligen Guantánamo-Insassen in Frage komme, sagte Spindelegger: «Aus meiner Sicht eine klare Antwort: Nein, nie und nimmer.»

Der Aussenminister geht dabei mit Bundeskanzler Werner Faymann konform, der bereits am vorletzten Donnerstag im Parlament praktisch Gleichlautendes dazu erklärt hatte. Auch Italiens Aussenminister Franco Frattini sprach sich in Prag sehr klar aus. «Wer ein Problem verursacht, der muss es auch selber wieder lösen.» «Wenn es unbescholtene Bürger sind, spricht auch nichts dagegen, ihnen in den Vereinigten Staaten eine Zukunft zu geben», meinte er lakonisch weiter. Mangelnde Solidarität sehe er nicht. Ausserdem gebe es diesbezüglich von Seiten Washingtons nicht einmal eine offizielle Anfrage an irgendein Land in Europa.

Die bundesrätliche Anlehnung an die Administration Obama hat in sehr grossen Kreisen unserer Bevölkerung sowie bei vielen kantonalen Sicherheitsdirektionen grösste Skepsis, Sorgen und Unsicherheiten ausgelöst. Auch wenn nicht 100%ig repräsentativ, haben sich bis heute schweiz- und europaweit bei allen Umfragen stets bis rund 80% der Befragten gegen eine Aufnahme von Guantánamo-Häftlingen ausgesprochen. Diesen berechtigten Ängsten kann und darf sich die SVP-Fraktion nicht verschliessen.

Dass auch unsere Kantonsregierung nicht begeistert ist vom vorauseilenden Aktivismus unserer Landesregierung, entnehmen wir von dessen dezidierten Antworten auf unser dringliches Postulat. Richtigerweise erkennt nämlich auch der Regierungsrat, dass hier mit aller Vorsicht agiert werden muss und dass ein übereiltes Vorpreschen falsch wäre. Zudem stellt die Regierung treffend fest, dass es nicht angehen kann, Personen aufzunehmen, die selbst für die USA ein Sicherheitsrisiko darstellen würden.

Wenn die Administration Obama selber feststellt, dass viele Insassen nicht einfach in den USA aufgenommen werden können, weil einige einen terroristischen Hintergrund oder terroristische Verbindungen haben, so sprechen dieses Aussagen wohl Bände. Es kann und darf deshalb nicht sein, dass ausgerechnet die neutrale Schweiz sich als Steigbügelhalter hergibt und die hausgemachten Probleme der Amerikaner lösen will.

Bei dem Vorhaben, terrorverdächtige Häftlinge aufnehmen zu wollen, hört jegliches Verständnis auf – humanitäres Gedankenguten hin oder her. Der Faktor Sicherheit ist definitiv höher zu werten, zumal die Bevölkerung des Kantons Zürich direkt betroffen ist. Dieses Ansinnen wollten leider viele Parlamentarier nicht wahrhaben. Getreu ihrer Parteimaxime lehnte schliesslich eine grosse Mehrheit die Überweisung des sehr wichtigen Postulates ab.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONSRAT HAT AM MONTAG …

… das Postulat von René Isler betreffend keiner Aufnahme von Guantánamo-Häftlingen abgelehnt.	☹
… eine Behördeninitiative betreffend emissionsarmer Mobilfunk vorläufig unterstützt.	☹
… eine Einzelinitiative betreffend Abberufung von Politikern bei Versagen abgelehnt.	☺
… eine Einzelinitiative betreffend Rechtsgrundlagen zur Wärmedämmung vorläufig unterstützt.	☹
… die Vorlage betreffend beruflicher Vorsorge von Milizbehörden abgeschrieben.	😐
… die Vorlage betreffend Opernhaus der Zukunft abgeschrieben.	😐
… eine Interpellation von Jürg Trachsel betreffend Justizdirektion und Hafturlaub mit der Diskussion erledigt.	😐
… eine Motion betreffend Gratis-Integrationskurse für die ausländische Bevölkerung überwiesen.	☹

2.3.09

FRAKTIONSERKLÄRUNG

Bankkundengeheimnis – Der Kanton hat eine klare Position zu vertreten

CLAUDIO ZANETTI
KANTONSRAT SVP
ZOLLIKON

Nach allgemeiner Auffassung befindet sich die Weltwirtschaft – und damit die Schweiz und der Kanton Zürich – in einer Krise. Die Meinungen, wie dieser Krise begegnet werden soll, gehen ebenso auseinander, wie die Analysen über ihre Ursachen. Man muss darum ein gewisses Verständnis dafür aufbringen, dass Regierungen sich wie Hühner aufführen, in deren Stall ein Fuchs eingedrungen ist. Gehen dann diese Regierungen noch aufeinander los und versuchen, sich gegenseitig unter Druck zu setzen, zeigt sich schnell einmal, welches die schwächste Regierung ist. Im Moment scheint der Schwarze Peter bei uns zu sein.

Was derzeit in Sachen Bankkundengeheimnis abläuft, spottet jeder Beschreibung. Es wird nicht einmal mehr versucht auch nur den Anschein von Standhaftigkeit zu wehren. Unsere Finanzdirektorin lieferte diesbezüglich ein haarsträubendes Beispiel, als sie vergangene Woche auf die Frage eines Journalisten, wie sie denn zum Bankkundengeheimnis stehe, sinngemäss antwortete: «Früher war ich dafür.» – Nur weil man heute nicht mehr weiss, was gestern galt, ist man noch kein Adenauer. Gerade in Zeiten der Krise brauchen wir Politiker, denen wir glauben können, dass ihr Wort auch morgen noch Gültigkeit hat.

Nun mag man einwenden, unsere Finanzdirektorin befinde sich in guter Gesellschaft. Auch ihr Parteikollege im Bundesrat verfolge das Geschehen schliesslich nur noch im Rückspiegel seines Fluchtwagens. Nein, so einfach ist das nicht: Der Kanton Zürich hat in dieser Angelegenheit eine klare Position, die zu vertreten Aufgabe eines jeden Mitglieds unserer Regierung ist.

In Beantwortung eines dringlichen Postulats der FDP (KR-Nr. 148/2002) betreffend Festhalten am Bankkundengeheimnis als massgeblicher Standortvorteil Zürichs sowie einer Einzelinitiative (KR-Nr. 137/2002) betreffend Einreichung einer Standesinitiative zur Verankerung des Bankkundengeheimnisses in der Bundesverfassung stellte sich der Regierungsrat des Standes Zürich noch unzweideutig hinter das Bankkundengeheimnis. Diese Antwort ist lesenswert! Darin wird zum Beispiel klargestellt, dass der Grundsatz des britischen Premiers Tony Blair, wonach sich die britische Politik danach richtet, was für britische Arbeitsplätze, britische Investitionen und die britische Industrie gut ist, auch für die Schweiz gelten muss. Warum soll das plötzlich nicht mehr gelten? Warum findet sich im ganzen Land kaum mehr ein Exekutivpolitiker, der in diesem Zusammenhang die Souveränität unseres Staates hochhält? Ist es wirklich besser, in Brüssel mitzureden, als hier seine Aufgabe zu erledigen?

Die SVP fordert den Regierungsrat auf, an seiner – von diesem Parlament bekräftigten – Haltung zum Bankkundengeheimnis unbeirrt festzuhalten und diese gegen innere und äussere Feinde der Eidgenossenschaft zu vertreten.

EIN SVP-MITGLIED STELLT SICH VOR

Margrit Haller

Alter:	*49 Jahre*
Beruf:	*Familienfrau / dipl. Pflegefachfrau*
Gemeinde:	*Zürich-Altstetten*

Seit wann sind Sie Mitglied bei der SVP und warum sind Sie beigetreten?
1997 traf ich an einer Standaktion der SVP auf dem Lindenplatz in Zürich-Altstetten einige mir persönlich bekannte Gemeinderäte. Wir diskutierten über alles Mögliche und sie weckten mein Interesse, mehr über Politik zu erfahren. So unterschrieb ich eine Beitrittskarte. Das Programm der SVP entsprach damals wie heute meiner Meinung. Mein Vater vertrat ebenfalls dieses Gedankengut. Er betrieb ein eigenes Baugeschäft und war somit ein Vertreter der KMU.

Wie engagieren Sie sich innerhalb der Partei?
2005 wurde ich zur Präsidentin der wieder gegründeten Frauengruppe SVP Stadt Zürich gewählt. Die Frauengruppe bietet interessierten Frauen eine Plattform, sich politisch zu engagieren. Mitglieder in der Frauengruppe sind unter anderem eine Kantonsrätin, zwei Gemeinderätinnen und zwei Schulpflegerinnen. Wir sind in der Geschäftsleitung und im Vorstand der SVP Stadt Zürich vertreten. Vor Abstimmungen und/oder Wahlen organisieren wir jeweils in der ganzen Stadt Standaktionen. Diese sind ein geeignetes Instrument, um mit den Bürgerinnen und Bürgern direkt in Kontakt zu kommen, ihre Meinungen zu hören, die Stimmung in der Bevölkerung einzufangen und die Politik der SVP näher zu bringen. Mit selbstgebackenem Kuchen und Kaffee laden wir die Passanten an unseren Stand zum Verweilen ein. Dabei hat sich schon manche angeregte Diskussion ergeben.

Was wünschen Sie sich für die Schweiz?
Ich wünsche mir,
- *dass eine sachbezogene, mit Fakten unterlegte Politik gemacht wird*
- *dass wir der EU nicht beitreten*
- *dass das Gleichgewicht zwischen einheimischer Bevölkerung und Zugewanderten nicht zu stark strapaziert wird*
- *dass der grossen Errungenschaft der Sozialwerke Sorge getragen wird*
- *dass der Wirtschaftsstandort Schweiz stark bleibt*
- *dass die Armee im Stande ist, unser schönes Land zu beschützen*
- *dass die Vielfalt der Natur meinen Enkeln erhalten bleibt*

Welcher Politiker ist Ihr Vorbild und warum?
Frau Regierungsrätin Rita Fuhrer. Sie ist wie ich eine Familienfrau und hat es mit viel Engagement geschafft, diese Position zu erreichen. Ihre Referate sind immer fundiert, zeugen von einer grossen Dossierkenntnis und ihr Auftreten ist stets korrekt.

Ich profitiere vom Wissen vieler unserer Politiker, indem ich ihnen gut zuhöre. Daraus picke ich das für mich Beste heraus. Vor allem bewundere ich gute Rethorik.

Was sind Ihre nächsten persönlichen Projekte?
- *Ich möchte die Frauengruppe erfolgreich weiterführen und ausbauen. Das Potenzial ist noch lange nicht ausgeschöpft.*
- *Zusammen mit andern Frauen aus der Frauengruppe zur Gemeinderätin der Stadt Zürich bei den Erneuerungswahlen 2010 gewählt zu werden.*

LESERBRIEFE

Weltwirtschaftskrise: Verkehrte Welt

Die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise haben bekanntlich die USA verursacht. Amerikanische Banken verkauften in alle Welt Schrottpapiere, die von angesehenen US-Ratingagenturen aus Gefälligkeit (oder gegen Bares?) teilweise mit «AAA» – höchste Bonität – bewertet wurden. Allein in der Schweiz haben Banken, Versicherungen und Sparer als Käufer solcher Papiere einen Schaden von fast 1,5 Billionen (1500 Milliarden) erlitten. Mit dem Erlös aus diesen Schrottpapieren haben die USA u.a. auf unsere Kosten den «American Dream» gelebt. Ein Eigenheim mit einer Anzahlung von nur 5 Prozent und für den Rest eine Hypothek? Kein Problem. Die SEC (US-Börsenaufsicht) hat – wie auch in den Fällen Madoff und Standford, wo konkrete Hinweise auf Betrug vorlagen – von alledem nichts gemerkt. Gegenüber Schweizer Banken, die sich anscheinend nicht korrekt verhalten, sind die US-Behörden viel findiger, handelt es sich doch um unliebsame Konkurrenten. Angenommen, Schweizer Finanzinstitute hätten die USA um Billionen geschädigt. Wie würde dann Präsident Obama reagieren? «Yes, we can» würde er rufen und eine gigantische Welle von Drohungen, Sammelklagen und ultimativer Forderungen nach Wiedergutmachung veranlassen. Was aber, wenn die Welt von den USA eine Wiedergutmachung des durch die Wirtschaftkrise verursachten Schadens verlangen würde? Diese Forderung wäre chancenlos. Zwar halten die Amerikaner viel von Ethik und Moral, aber eben nur, wenn es darum geht, ihre eigenen Interessen durchzusetzen.

Otto Weiersmüller, Uetikon

Bestechliche und korrupte EU-Politiker und -Beamte

Gemäss einem geheimen Bericht der EU bestehen weiterhin massive Missbräuche von Zuschüssen und Spesen durch EU-Politiker. So können die 785 Abgeordneten des EU-Parlamentes in einer Amtszeit von 5 Jahren nebst dem Lohn 1,3 Mio. Euro (entspricht zirka 2 Mio. Fr.) auf die hohe Kante legen. Der Bericht, welcher der englischen Zeitung «Sunday Times» vorliegt, nennt konkrete Beispiele wie z.B. «Vergütungen» von 245 000 Euro ausbezahlt wurden, wenn das Zuhause auch Wahlbüro ist oder 200 000 Euro für einen Verwandten, welcher als Berater eingesetzt wird. Dies zeigt, dass die EU noch genauso korruptionsanfällig ist, wie dies der ehemalige EU-Beamte Paul Buitenen bereits vor zehn Jahren aufgedeckt hat. Bereits im März 1999 traf die Brüsseler EU-Bürokratie ein Donnerschlag, den niemand für möglich gehalten hätte: Aufgrund von Vetternwirtschaft, Missmanagement und Korruption musste die EU-Kommission unter Jacques Santer zurücktreten. Entscheidend zum Sturz der selbstherrlichen EU-Kommissare beigetragen hatte der Brüsseler EU-Beamte Paul van Buitenen. In seinem Buch «Unbestechlich für Europa», welches sich wie ein Krimi liest, schilderte van Buitenen aus der Sicht eines intimen Kenners der EU-Bürokratie eindrücklich, wie Günstlingswirtschaft und Korruption in der EU-Zentrale blühten und von höchster Seite gedeckt wurden.

Dass Vorgesetzte mit Beratungsbüros mauscheln, schwarze Kassen geführt werden, Verträge unsauber sind, Dokumente gefälscht oder nachträglich geändert werden, Ausschreibungsrichtlinien nicht eingehalten, Verwandte, Bekannte und Geliebte in lukrative Posten gehoben werden und EU-Beamte millionenschwere Projekte an Privatfirmen vergeben, an denen sie über Strohmänner selber beteiligt sind, gehört dabei zum kleinen Einmaleins der EU-Korruption. Und dieser EU also soll nun die Schweiz beitreten, geht es nach dem Willen der vereinten Linken unter Führung der SP und Teilen von CVP und FDP? Diese Forderung wurde unmittelbar nach der Abstimmung über die Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf die beiden ebenfalls sehr korruptionsanfälligen Staaten Rumänien und Bulgarien jedenfalls von diesen Kreisen erhoben. Geschätzte Mitbürger, wenn dies mit der Ethik und Moral in unserem Lande so weiter geht, wie wir es mit dem UBS-Debakel zurzeit erleben müssen, dann sind wir wirklich nicht mehr weit von einer Bananenrepublik entfernt. Darum ist Widerstand und Zivilcourage angesagt.

Wenn unsere noch überschaubaren, direkt demokratischen und förderalistischen Strukturen nicht gestärkt werden können, so wird der Schweiz bald einmal das Licht ausgehen bzw. der Lichtschalter abgedreht werden. Dann kann es nur noch heissen: «Gute Nacht Schweiz.» Im Kleinen liegt die Kraft und Grösse – nicht im Grössenwahn!

Theo Biedermann, Cham

USA – YOU CAN US

Wenn aus Washington die Aussage kommt, «Wir können uns nicht um ausländische Gesetze kümmern, wenn es um die Interessen der amerikanischen Steuerzahler geht», frage ich mich, warum wir uns an US-Gesetze halten sollen. In Anlehnung an den Wahlkampfspruch von Präsident Obama YES WE CAN muss unsere Antwort auf die amerikanische Arroganz lauten: YOU CAN US!

Hans Egger, Worb

Die Verleumdung von «Stettbach»

Man erinnert sich: Die 26-jährige, im Raum Zürich wohnende Brasilianerin Paula O. hat sich Anfang Februar an die Polizei gewandt und erzählt, sie sei beim Bahnhof Stettbach auf offener Strasse von «Neonazis» angegriffen worden. Diese hätten ihr die Kleider vom Leib gerissen und an mehreren Körperstellen die Buchstaben «SVP» in die Haut geritzt. Der Übergriff habe kurz darauf eine Fehlgeburt ausgelöst; sie sei nämlich schwanger und in Erwartung von zwei Zwillingen gewesen.

Die Geschichte hat als «Fall Stettbach» rasch den Weg in die Medien gefunden, sowohl in der Schweiz als auch in Brasilien. Im Heimatland von Paula O. wurde die Angelegenheit in der Presse und am Fernsehen besonders laut thematisiert. Die brasilianische Bevölkerung war begreiflicherweise schockiert, und Politiker bis hinauf zum Staatspräsidenten nahmen die Sache für bare Münze und meinten, sie müssten die Schweiz – welche sie aus eigener Anschauung offensichtlich nicht gut kennen – öffentlich kritisieren.

Inzwischen ist die Wahrheit ans Licht gekommen. Sie lautet, dass Paula O. alles erfunden und erlogen hat. Paula O. wurde keineswegs angegriffen, die Verletzungen hat sie sich selbst beigebracht, und schwanger war sie auch nicht. Paula O. ist deshalb heute – richtigerweise – Gegenstand einer strafrechtlichen Untersuchung, denn ihr Handeln könnte als Irreführung der Rechtspflege verstanden werden. Wie es sich in einem Rechtsstaat gehört, soll diese Untersuchung ohne Einflussnahme der Öffentlichkeit ihren Lauf nehmen, und Paula O. wird die Möglichkeit haben, sich selbst und ihre Interessen von einem Anwalt verteidigen zu lassen.

Damit bleibt jedoch ein Teil der Geschichte ungelöst, nämlich der moralische Aspekt. Was die erwähnte Brasilianerin getan hat, muss in dieser Hinsicht als schwerwiegend bezeichnet werden, und zwar aus drei Gründen. Erstens: Die Lüge von Paula O. war dazu angetan, dem Ruf der Schweiz im In- und Ausland höchsten Schaden zuzufügen. Zweitens: Die erfundene Geschichte von Paula O. war so angelegt, dass die SVP – eine grosse, ehrenwerte, demokratisch gesinnte und demokratisch legitimierte Partei der Schweiz! – auf äusserst perfide Art mit der Neonazi-Szene in Verbindung gebracht wurde. Drittens: Paula O. ist gemäss den öffentlich zugänglichen Informationen nicht eine arme, in tragischen Verhältnissen aufgewachsene und lebende Person, sondern eine junge Dame aus privilegiertem Haus, welche ein Universitätsstudium absolvieren durfte und dieses mit einem Rechtsanwalts-Diplom abgeschlossen hat. Paula O. war also imstande, die Tragweite ihres Tuns abzuschätzen.

Man wartet nun darauf, dass sich Paula O. bei der Schweiz und bei der SVP in aller Form für ihr Fehlverhalten entschuldigt. Ebenso wartet man auf eine offizielle Entschuldigung des brasilianischen Staatspräsidenten, nicht nur bei der schweizerischen Regierung, sondern auch bei der schweizerischen Bevölkerung. Ohne diese beiden Entschuldigungen würde das moralische Unrecht, welches sich Paula O. zuschulden kommen liess, im Raum stehen bleiben. Man könnte es dann auch nicht leicht verzeihen.

Huldrych Thomann, Benglen

EIN NEU ERFORSCHTES NATURHEILVERFAHREN IN DER HOMÖOPATHIE OHNE MEDIKAMENTE
Keine Angst vor sogenannten unheilbar-chronischen Krankheiten!

Der Mensch ist ein Energiekörper und kein Chemie- und Bestrahlungskörper!
Wir beraten Sie und helfen Ihnen über eine neue, bisher unbekannte, aber um so wirksamere Art einer Therapie.

Seit 24 Jahren machen wir auch mit Erfolg Seminare und motivieren Sie, Ihre Selbstheilungskräfte zu aktivieren, unter dem Motto «Hilfe zur Selbsthilfe». Wenn Sie Interesse an einer Teilnahme haben, dann kontaktieren Sie uns.

Berater: Hardy und Christa Burbaum, Dorfstrasse 63
8805 Richterswil, Telefon 044 687 50 25
info@oecovita.com www.oecovita.com

Mit Sicherheit das Pneuhaus mit den vernünftigen Preisen!

Öffnungszeiten:
Mo–Fr 8.00–12.00 Uhr/13.30–18.30 Uhr
Sa 8.00–12.00 Uhr
oder nach telefonischer Vereinbarung

In Top moderner Werkstatt
• Pneus für: LKW, PW, Landwirtschaftsmaschinen, Motorräder, LKW-Neugummierungen
• Alu- + Stahlfelgen • Radwaschmaschine

Otto Schaufelberger Hinwil
Fabrikstr. 3, Tel. 044 937 43 91

Schreiner-Montagen und Reparaturen

Hanspeter Marti
8153 Rümlang
079 680 37 35
Fax 044 817 03 24

Der Sonne entgegen!
Frühling auf den Griechischen Inseln
Kreuzfahrt mit der neuen MSC Musica
19.–26. April 2009 ab Fr. 1370.–
Kinder gratis bis 18 Jahre
(in der Kabine mit 2 Erwachsenen)
Verlangen Sie unverbindlich
die Detailprogramme.

ACCOTRAVEL INTERNATIONAL

Accotravel AG, Merkurstr. 5, 8910 Affoltern a.A.
Switzerland, Tel. 044 763 41 41, Fax 044 763 41 42,
www.acco.ch, E-Mail info@acco.ch

Die Profis vom Land
Personal- und Arbeitskräfte (alles Landwirte) für
▸ Gewerbe ▸ Bau
▸ Industrie ▸ Gartenbau
tage- oder wochenweise, Temporäreinsatz
▸ **Tel. 055 251 41 41** ▸ **info@mrzo.ch**
MR Maschinenring

Aparthotel «Alpenblick», 3906 Saas-Fee
Tel. + 41 27 957 16 45 • alpenblick@bfk.ch • www.alpenblick-saas-fee.ch

Begeben Sie sich unter Führung Rosina Begerts auf die Spuren Carl Zuckmayers und erkunden Sie die ungezähmte Berg- und Gletscherwelt. Beobachten Sie mit Ihrer Kamera Murmeltiere, Gamsen, Alpenrosen und Edelweiss im gemütlichen Kreis gutgelaunter Natur- und Wanderfreunde.
Sie verbringen die Woche in grosszügigen 1½-, 2½- und 3½-Appartements des Hotels Alpenblick mit Südbalkon in ruhiger Lage, vor romantischer Kulisse und starten mit einer Entdeckungswanderung durch Saas-Fee, wo wir das einstige Wohnhaus und die Grabstätte des Autors besuchen. Sie endet mit einem Aufenthalt und einem freien Gedankenaustausch im Restaurant Hohnegg. An den darauf folgenden Tagen warten weitere Exkursionen mit Impressionen. – Die Wanderwoche wird ab 10 Teilnehmern in folgenden Wochen durchgeführt: 16.-23.5. / 23.5.-30.5. / 30.5.-6.6. Preis pro Person und Woche, inkl. Halbpension: **CHF 850.–**, Gruppen auf Anfrage. Für Reservationen +41 27 957 16 45 oder alpenblick@bfk.ch. Weitere Infos finden Sie unter

www.alpenblick-saas-fee.ch

NEUE ABGABEN, VERBOTE UND GESETZE SCHWÄCHEN UNSER LAND

Für eine Klimapolitik mit Augenmass

Im Bereich der Klimapolitik gehört die Schweiz im internationalen Vergleich zu den Musterschülern. Trotzdem unternehmen die anderen Parteien und Unweltminister Leuenberger alles, um die Schweiz klimapolitisch schlecht zu reden. Dies aus bekanntem Grund, geht es doch um Macht und viel Geld. Für die SVP ist klar, dass die Schweiz in Zukunft Abschied nehmen muss von weiteren Abgaben, Gebühren und staatlichen Vorschriften hin zu mehr Steuererleichterungen und mehr Freiwilligkeit.

NATIONALRAT
TONI BRUNNER
PARTEIPRÄSIDENT
SVP SCHWEIZ

Der Schweizer CO_2-Ausstoss ist pro Kopf im Vergleich zu den übrigen Industrieländern einer der tiefsten – dies trotz einer geographisch und klimatologisch ungünstigen Lage. Auch in Sachen Energieeffizienz nimmt die Schweiz einen Spitzenplatz ein. Unsere Luftreinhaltegesetze und Verordnungen gehören zu den strengsten der Welt, unser Anteil an den menschgemachten CO_2-Emissionen liegt bei 0,1 Prozent. Im Rahmen des Kyoto-Protokolls hat sich die Schweiz gegenüber den anderen Ländern sogar noch grössere Verpflichtungen und Reduktionsziele auferlegt als nötig gewesen wäre, und selbst diese wird sie erreichen, respektive übertreffen. Dies im Gegensatz zu den meisten Ländern, welche ihre bescheidenen Ziele nicht erfüllen können. So weit so gut.

Wissenschaftliche Arroganz und blinder Gehorsam der Parteien

Trotz dieser erfreulichen Ausgangslage, trotz diesen guten Neuigkeiten werden die anderen Parteien und unser Umweltminister BR Leuenberger nicht müde, die Schweiz in Sachen Klimapolitik als schwarzes Schaf hinzustellen. Angefangen von «grauen CO_2-Emissionen» durch Importgüter, welche selbstverständlich der Schweiz zugeschlagen werden müssten, über die angeblich schlechte CO_2-Bilanz beim Wagenpark (ohne zu erwähnen, dass die Schweiz wegen ihrer geographischen Lage stärkere Fahrzeuge benötigt), über zu tiefe Benzinpreise, bis hin zu den Feinstaub-Emissionen. Die Schweiz ist sozusagen Weltmeister im sich selbst Schlechtmachen! Dabei scheut man sich nicht, aus reinem Umwelt-Populismus weitere Abgaben und Zwangsmassnahmen zu fordern, unterstützt von einer Vielzahl an staatlich besoldeten Wissenschaftler, die gemäss ihrer ideologischen Ausrichtung dankbar diese Gelegenheit wahrnehmen und vom Schreckgespenst Klimawandel warnen. Dabei ignorieren sie geflissentlich die Tatsachen, dass die Schweiz alleine auf das Weltklima keinen Einfluss hat, und dass es wissenschaftlich umstritten ist, dass die menschgemachten CO_2-Emissionen ursächlich sind für das gegenwärtige Klima. Man geht sogar so weit und bezeichnet kritische Wissenschaftler, welche sich diesem «apokalyptischen Trend» verschliessen, beinahe als Ketzer.

Dabei geht es in dieser Frage einmal mehr nur um eins: um Macht und viel Geld. Es ist heute leider Tatsache, dass diejenigen Forscher, welche am lautesten schreien, welche vor einer ökologischen Katastrophe warnen, üppige Steuergelder für ihre Arbeiten bekommen, und die Parteien, welche diesbezüglich in das Klagelied einstimmen, erhoffen sich zusätzliche Stimmenanteile an der Urne. Während die linken Parteien schon immer in diese Richtung Stimmung machten (bei der grünen Partei ist es sogar der einzige Grund, weswegen sie existiert) ist es bei den sogenannt bürgerlichen Parteien FDP und CVP erst in letzter Zeit zum Volkssport geworden, sich auch in diesem Thema mehr und mehr von den eigentlichen Sorgen und Nöten der Bevölkerung zu entfernen. Ohne Rücksicht auf den Wirtschaftsstandort Schweiz, ohne Rücksicht auf Steuerzahler und Lebenskosten werden munter neue Abgaben, Verbote und Gesetze erlassen, dies einzig und allein mit dem Ziel, medial im Mittelpunkt zu stehen.

Zwangsabgaben schwächen den Wirtschaftsstandort

Dabei scheut man sich auch nicht, demokratische Entscheide des Parlaments innert kürzester Zeit abzuändern und damit ordnungspolitische Sündenfälle zu schaffen. Als besonderes stossendes Beispiel ist hier die Teilzweckbindung der CO_2-Abgabe zu erwähnen. Trotz der Aussagen und der Zusicherung der Parteien bei den Beratungen zur Einführung einer CO_2-Abgabe auf Brennstoffen, dass diese Abgabe vollends der Bevölkerung und den Unternehmen über die Krankenkassenprämien zurückgegeben werde, will man nun, nur knapp 1,5 Jahre nach diesem Beschluss, eine Teilzweckbindung auf diese Abgabe einführen. Von den 650 Millionen Franken jährlich sollen neu ein Drittel oder rund 220 Millionen Franken in Gebäudesanierungsprojekte fliessen – die ehemals haushaltsneutrale Abgabe wird damit nichts anderes als eine neue Steuer! Vergessen sind die Beteuerungen der Parteien im Wahljahr, dass es keine neuen Gebühren oder Abgaben geben soll, vergessen sind die salbungsvollen Worte während den parlamentarischen Debatten.

Dabei sind die Instrumente, welche die Schweiz zum Spitzenreiter in Sachen Klimaschutz gemacht haben, längst vorhanden oder müssen nur umgesetzt werden. So hat der Klimarappen auf Treibstoffe als freiwillige Massnahme der Wirtschaft sein Ziel mehr als erreicht – dies mit ungleich weniger Mitteln als die CO_2-Abgabe. Ebenso sind steuerliche Anreize ein wichtiger Faktor, wenn es darum geht, umweltpolitische Zeichen zu setzen. Beide Massnahmen belasten Wirtschaft und Bevölkerung nur wenig bis gar nicht und sorgen für echte, nachhaltige Klimapolitik. Verbote und Zwangsabgaben erreichen hingegen nur eines: Die Schwächung des Wirtschaftsstandortes Schweiz im globalen Wettbewerb und eine zusätzliche Belastung der Steuerzahler, was sich wiederum negativ auf den Konsum auswirkt.

Hin zu mehr Steuererleichterungen und Freiwilligkeit

Für die Zukunft ist die Stossrichtung klar. Wir müssen Abschied nehmen von weiteren Abgaben, Gebühren und staatlichem Dirigismus hin zu mehr Steuererleichterungen und mehr Freiwilligkeit. Es kann und darf nicht sein, dass wir unserer Wirtschaft stetig neue Fesseln anlegen und versuchen, im Bereich der Klima- und Umweltpolitik einen Sonderzug zu fahren. Die Reduktion der Emissionen ist eine globale Aufgabe, sie hat im Rahmen der internationalen Staatengemeinschaft stattzufinden.

Dabei sind die spezifischen Eigenschaften der Schweiz, wie ihre praktisch CO_2-freie Stromproduktion, wie auch die bisher geleisteten Taten auf diesem Gebiet bei Verhandlungen zu einem allfälligen Kyoto-Nachfolgeprotokoll, sofern ein solches zustande kommt, angemessen zu berücksichtigen.

Sicherheit
oder
Experimente?

Kathrin Martelli hat als Stadträtin mit sicherer Hand Konflikte gelöst, Ämter saniert, Kosten gesenkt und Energie gespart. Sie löst Probleme und schafft messbare Erfolge, statt nur Forderungen zu stellen: Sie tritt der Verstaatlichung des Wohnungsbaus entschlossen entgegen. Sie hat die städtischen Bewilligungsverfahren wesentlich vereinfacht und verkürzt. Sie ermöglicht in enger Zusammenarbeit mit privaten Investoren, Wirtschaft und Gewerbe wichtige Neubauten mit Tausenden von Wohnungen und Arbeitsplätzen. Sie hat den Parkplatzabbau in der Innenstadt gestoppt und das Parkhaus Gessneralle ermöglicht.

Auf Kathrin Martelli können wir uns verlassen: Sie hält, was sie verspricht.
Diese Gewissheit brauchen wir bei unserer neuen Stadtpräsidentin.

Jetzt Sicherheit wählen.
Kathrin Martelli – die Stadtpräsidentin

Unterstützt von **CVP** | **EVP** | **FDP** | **grünliberale** | **HEV** | **IVZ** | **PfZ**
und weit über 200 Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft, Politik und Sport
im Überparteilichen Komitee Kathrin Martelli – die Stadtpräsidentin
www.kathrin-martelli.ch

Ihr Partner im
Zürcher Unterland und Grossraum Winterthur

MICHELIN
MULTIBIB
• Breitreifen Serie 65
• für Schlepper bis 200 PS
• bodenschonend
NEU

Kleber
FITKER
• Breitreifen Serie 70
• starke Zugkraft
• hoher Fahrkomfort

PNEUHAUS WEGMANN
Pneuhaus Wegmann AG
Ringstrasse 2
8317 Tagelswangen
Tel. 052 343 11 68
Fax 052 343 67 32
info@pneuhaus-wegmann.ch

Fadegrad

Darwin in Zürich

VON ROLF A. SIEGENTHALER

Wir feiern das Darwin-Jahr. Charles Darwin wurde am 12. Februar 1809 in England geboren. Der Theologe und Naturwissenschafter war einer der wichtigsten Vertreter der Evolutionstheorie, wenn nicht gar deren Erfinder. Er wies nach, dass die Geschichte von Adam und Eva kaum so stattgefunden haben dürfte, wie im Buch Genesis beschrieben. In aller Kürze zusammengefasst kann man die Theorie auf den Spruch reduzieren: «Survival of the fittest». In der Natur setzt sich dasjenige Lebewesen durch, das den Lebensbedingungen besser angepasst ist. Tiere, die nicht durchsetzungsfähig sind, verschwinden über kurz oder lang. Dabei gibt es verschiedene Möglichkeiten, sich durchzusetzen. Es ist nicht immer der Stärkere, der gewinnt. Auch der Schlaue, Gepanzerte oder Getarnte kann überleben. Wer nicht überlebt, landet als Präparat im Museum. Bei den Menschen ist das nicht viel anders. Es gibt bei den Menschen – wie bei den Tieren auch – Reservate. Ureinwohner wie die Inuit oder die Indianer wurden auf beschränkte Territorien zurückgedrängt. Dort pflegen sie ihre alten kulturellen Wurzeln. Als Naturvölker hatten sie sich sehr gut auf die Lebensumstände ihrer Heimat eingestellt, konnten aber der Invasion der europäischen Weissen nichts entgegensetzen. Die Wohnbevölkerung Zürichs ist im vergangenen Jahr erneut weiter gewachsen. Mittlerweilen umfasst sie 380 499 Menschen. Die schweizerische Bevölkerung wuchs um 1159 Personen, die ausländische um 2525. Der Sterbeüberschuss der Schweizer betrug 200 und 1800 zogen es vor, Zürich zu verlassen. Das heisst, dass wir rund 3000 Leute neu eingebürgert haben. Der Ausländeranteil beträgt inzwischen 31%, wobei die Deutschen mit 23% die grösste Gruppe stellen, vor den Italienern und den Serben-Montenegrinern. Der Bevölkerungszuwachs war im Kreis 11 am grössten, während die Kreise 1 und 8 sich entvölkern. Leider wissen wir nicht, wie viele Einwohner seit Generationen das Zürcher Bürgerrecht besitzen, mithin Ureinwohner sind. Folgen wir Darwin, dann sterben die Züricherinnen und Zürcher langsam aus. Sie sind wohl zu wenig durchsetzungsfähig und den Lebensumständen nicht mehr angepasst. Wir sollten uns gelegentlich damit beschäftigen, ein Reservat für Zürcher zu schaffen. Man muss sich sputen, eine genügend grosse Population geschlechtsreifer Exemplare in einem Raum zusammenzufassen. Es wäre nicht nur die Zeugungsfähigkeit zu prüfen, sondern auch die Zeugungswilligkeit, was in der künftigen Lieblingsdestination der Homosexuellen schwierig sein könnte. Als Reservat böte sich der Kreis 1 an, der ja dem ursprünglichen Lebensraum der Spezies «Zürcher» entspricht und unter Abwanderung leidet. Seit 1998 stieg der Ausländeranteil um gut 2% und ein Ende ist nicht absehbar. «E schööns Sächsilüüte woisch i», so lange noch jemand weiss, was das ist!

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Gemeinderätliches Wunschkonzert auf Kosten des Steuerzahlers

Auf Antrag des (linken) Büros des Gemeinderates beschliesst der Gemeinderat – für sich selber notabene- eine neue Entschädigungsverordnung. Dank dem Druck der SVP konnte das gratis Jahresabonnement fürs Tram verhindert werden.

MONIKA ERFIGEN
GEMEINDERÄTIN SVP ZÜRICH 7/8

Den Mitgliedern des Gemeinderates, alle in der Stadt Zürich wohnhaft, hätte neu gratis und franko ein Jahresabonnement der ZVV-Zone 10 abgegeben werden sollen. So der ursprüngliche Beschlussantrag des links dominierten Büros des Gemeinderates. Zur Begründung des von Selbstprivilegierung triefenden Antrags wurden u.a. die Mitglieder des Kantons- und des Nationalrats bemüht, die auch Jahresabonnemente für den öffentlichen Verkehr erhalten würden.

Dass diese aber vom hintersten Winkel des Kantons nach Zürich beziehungsweise Bern an ihre Ratssitzungen reisen müssen, die Sitzungen des Stadtzürcher Gemeinderates aber sozusagen vor der eigenen Haustüre stattfinden, wurde wissentlich verschwiegen. Die SVP hatte den Beschlussantrag als einzige Partei bekämpft. Aus Angst vor der drohenden Volksabstimmung oder auf Druck des von den Medien zitierten Unmuts der Bevölkerung wurde der Wunsch der linken Mehrheit des Büros des Gemeinderates in letzter Minute zurückgezogen.

Aber auch ohne Gratisabonnement fürs Tram lässt sich der Gemeinderat nicht lumpen gegenüber sich selber. So erhält jedes Ratsmitglied, insbesondere Zitat: «für die persönliche Informatikausrüstung», eine monatliche Grundentschädigung in der Höhe von zwei Taggeldern. Kostenpunkt: 260 Franken pro Monat. Auch Ratssekretärinnen und Ratssekretäre, die nicht gewählte Mitglieder des Gemeinderates sind, erhalten diese Grundentschädigung.

Beitrag für den Quartierempfang des Gemeinderats-Präsidiums

Die Präsidentin oder der Präsident des Gemeinderates erhält neu für die Organisation und Durchführung seines eigenen Empfangs im Quartier einen Beitrag von 20 000 Franken. Die zusätzlichen «Repräsentationszulagen» für das Ratspräsidium werden dann vom Büro des Gemeinderates in eigener Kompetenz geregelt. Für offizielle Verpflichtungen der übrigen Mitglieder des Büros wird hingegen «nur» ein einfaches Taggeld ausgerichtet.

Zulagen für die Präsidien, Sonderentschädigungen, Reisen usw.

Unter diesem Titel sind weitere und üppige Entschädigungen vorgesehen: Für die Präsidentinnen oder die Präsidenten des Rates, des Büros, der Kommissionen und Subkommissionen sind Taggelder in doppelter Höhe vorgesehen. Die Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission erhalten, nebst den «normalen» Sitzungsgeldern, für die Vorbereitung des Budgets zwei zusätzliche Taggelder und die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission für die Vorbereitung des Geschäftsberichtes ebenfalls zwei zusätzliche Taggelder.

Im Einzelfall kann das Büro des Gemeinderates aber auch Sonderentschädigungen in Form von zusätzlichen Taggeldern oder Entschädigungen von 85 Franken pro Stunde für sich selber beschliessen. Und für «spezifische Ratszwecke» (was das auch immer heissen mag) machen das Büro und alle Kommissionen – sprich sämtliche Gemeinderäte – vom Steuerzahler «gesponserte» Reisli ins Ausland.

PARTEIPROGRAMM: SVP VERTRITT BÜRGERLICHE POLITIK

SVP Stadt Zürich erarbeitet Parteiprogramm 2010–2014

Die SVP Stadt Zürich bestreitet den Wahlkampf 2010 für Gemeinderat und Stadtrat mit einem eigens erarbeiteten Parteiprogramm 2010–2014. Der Titel des Programms lautet «Bürgerliche Politik». Die Mitglieder der SVP und weitere Interessierte sind am 14. März in Seebach zur Arbeitstagung eingeladen.

MARTIN BÜRLIMANN
GEMEINDERAT SVP ZÜRICH 10

Im Parteiprogramm sollen die wichtigsten Themen, die drängendsten Probleme und die Lösungsvorschläge der SVP formuliert sein. Im Wahlkampf wird das Programm eingesetzt, um die Positionen der SVP und ihre Lösungsvorschläge zu präsentieren. Die SVP will als stärkste bürgerliche Partei mit klaren Positionen und stichfesten Argumenten in den Wahlkampf steigen.

Bürgerliche Politik

Das städtische Parteiprogramm wird den Titel «Bürgerliche Politik» tragen. Dies unterstreicht Stossrichtung und Inhalt des Programms. Damit akzentuiert die städtische SVP die Tatsache, dass sie die stärkste bürgerliche Partei ist – und bei Lichte gesehen sogar die einzige bürgerliche Partei in Zürich.

Das Programm basiert im Kern auf jenem der SVP Schweiz. Die Stadtzürcher SVP teilt die Grundwerte der SVP uneingeschränkt: Gemeindeautonomie, Föderalismus, Marktwirtschaft, Freiheit des Individuums, schlanker Staat, ausgeglichene Budgets, sicher finanzierte Sozialwerke, Neutralität, kein EU-Beitritt, defensive Milizarmee. Diese Grundwerte werden nun konkret in ein städtisches Programm für die nächste Legislatur umgesetzt.

«Ziel ist es, mit einem klaren bürgerlichen Programm in den Wahlkampf 2010 zu steigen», sagt Präsident Rolf A. Siegenthaler. «Die SVP ist die führende bürgerliche Kraft in Zürich» betont er. Zu häufig sind die Mitte-Parteien nach links geschwenkt. Die Mitte-Parteien sind keine verlässlichen Partner mehr, was die fehlende Unterstützung von Stadtratskandidat Liebi einmal mehr bewiesen hat. Daher wird die Geschäftsleitung dem Vorstand und der Delegiertenversammlung beantragen, alleine in den Wahlkampf 2010 zu gehen. «Es wird ein Richtungs-Wahlkampf» prognostiziert Siegenthaler. Die SVP strebt dabei «20 Prozent Plus» an, also einen Wähleranteil von über 20 Prozent.

Systematische Vorbereitung

Seit zwei Jahren bereitet die SVP Stadt Zürich systematisch das neue Parteiprogramm vor. Unter Leitung des Präsidenten Rolf A. Siegenthaler wurden diverse Strategiepapiere erstellt. Als erstes wurde vorletzten Herbst das Gewerbepapier verabschiedet, in welchem die SVP klar Stellung bezieht für KMU- und gewerbefreundliche Marktwirtschaft.

Weiter erstellte die Gemeinderats-Fraktion unter Leitung von Mauro Tuena an einer Fraktionsklausur ein Energiepapier, in dem die Leitlinien für eine realistische Energiepolitik des Wirtschaftsstandortes und der Wohnstadt Zürich prägnant herausgearbeitet sind.

Verschiedene Arbeitsgruppen haben weitere Strategiepapiere vorbereitet, dies zu den Schwerpunktthemen Wirtschaft und Finanzen, Ausländer, Soziales, Sicherheit, Verkehr und Schule.

Wahlkampf-Vorbereitung läuft

Die SVP hat rechnerisch Anspruch auf zwei Stadtratssitze und will mit einer klaren Politik eine bürgerliche Wende in der Stadt herbeiführen. Voraussichtlich wird die SVP alleine in die Richtungswahlen ziehen. Damit das Parteiprogramm breit abgestützt ist, ist die Teilnahme der Mitglieder an der Arbeitstagung wichtig.

Die SVP bekennt sich zu Demokratie und Marktwirtschaft. Die öffentliche Hand soll nur tun, was private Unternehmen nicht können. Der Staat soll seine Bevormundungsrolle aufgeben und zu seinen ursprünglichen Aufgaben zurückfinden: Infrastruktur bereit stellen, Eigentum garantieren, Sicherheit schaffen. Hauptaufgabe wird sein, das ausser Kontrolle geratende Budget zu stabilisieren.

Es geht der SVP um die politischen Inhalte und den mittel- bis langfristigen Erfolg bürgerlicher Politik in Zürich. Die SVP will für Bürger, Gewerbe und Wirtschaft möglichst gute und freiheitliche Lebensbedingungen schaffen. Weniger staatliche Einmischung, tiefere Steuern, Abgaben und Gebühren, mehr Sicherheit für das private Vermögen und die Menschen, eine faire Sozialpolitik, die den Missbrauch verhindert, Einschränkung des staatlichen Wohnbaus zugunsten der privaten Investitionen sind unsere Ziele.

Einladung zur Arbeitstagung

Am Samstag 14. März findet im Restaurant Landhus in Seebach die Arbeitstagung statt. Eingeladen sind alle SVP-Mitglieder und Politik-Interessierte. Die Tagung unter Leitung von Rolf A. Siegenthaler wird in einzelnen Arbeitsgruppen die SVP-Positionen zu den genannten Kernthemen erarbeiten.

Vorbereitende Arbeitsgruppen bestehend aus Gemeinderäten und Parteimitgliedern haben zu jedem Kernthema einen Entwurf vorbereitet. An der Tagung sollen die Entwürfe bereinigt werden.

Eine Redaktionsgruppe der Geschäftsleitung wird die Ergebnisse der Tagung sichten und die einzelnen Teil-Papiere zu einem Ganzen zusammenfügen. Daraus formuliert die Geschäftsleitung das Parteiprogramm 2010–2014. Dieses wird in eine interne Vernehmlassung geschickt und anschliessend an einer Delegiertenversammlung verabschiedet.

Ziel ist es, das Parteiprogramm im Spätsommer 2009 dem interessierten Publikum zu präsentieren. Die SVP als führende bürgerliche Kraft übernimmt Verantwortung und zeigt Lösungen auf, die angesichts der wachsenden Probleme immer dringlicher werden.

SCHWEIZER QUALITÄT Sichere Zukunft in Freiheit
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Einladung zur Programm-Tagung der SVP der Stadt Zürich

Restaurant Landhus, Katzenbachstrasse 10, Zürich-Seebach
Samstag, 14. März 2009 / 08.00 Uhr bis zirka 14.00 Uhr

Arbeitsweise an der Programm-Tagung

An der Programm-Tagung werden folgende Bereiche behandelt:

• Wirtschaft und Finanzen • Ausländer • Energie • Sicherheit und Soziales • Gewerbe • Verkehr • Schule

Die Bereiche **Wirtschaft und Finanzen / Ausländer / Energie / Sicherheit und Soziales** werden in vier Arbeitsgruppen aufgearbeitet und anschliessend im Plenum diskutiert.

Die Bereiche Gewerbe / Verkehr / Schule werden gemeinsam im Plenum behandelt.

WICHTIG! / Anmeldung zur Programm-Tagung

Wer in einer Arbeitsgruppe mitmachen möchte, nennt auf dem untenstehenden Talon zwei Arbeitsgruppen (1. Wahl und 2. Wahl). Diese zweifache Wahl erleichtert die Zusammenstellung der Arbeitsgruppen.

Vor der Programm-Tagung werden die Teilnehmer über ihre Gruppen-Zuteilung informiert, gleichzeitig erhalten sie im Voraus den Text zum ausgewählten Bereich zugestellt.

Anmelde-Talon

Ausfüllen und sofort weiterleiten an SVP der Stadt Zürich / **Fax 044 310 36 62** oder per Post an SVP Stadt Zürich, Postfach 6612, 8050 Zürich

Name _____ Vorname _____
Strasse _____ Wohnort _____
Telefon _____ Fax _____
E-Mail _____

Arbeitsgruppe (s. oben)
1. Wahl _____ 2. Wahl _____
Datum _____ Unterschrift _____

WUCHEMÄRT

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

ZU VERKAUFEN

Nerz-Mantel ranch females, schwarz, 38/40, zweimal getragen, absolut neuwertig, umständehalber zu verkaufen, versichert für Fr. 11 000.–, Kaufpreis Fr. 2900.–, Telefon 044 810 44 14.

Magnetfeld-System eMRS (vita-life), 4-jährig. Beratung, Vermietung/Verkauf/Eintausch. Telefon 071 983 22 71.

Frontlader Schaufel Stoll; **Rasentraktor MTD**; **Schneeketten Pewag** zu Sonderpreisen. Tel. 079 359 85 16.

VW T5 1.9 TDI Kastenwagen, 84 PS, Jg. 6.07, 57 000 km, 5-Gang, weiss, Partikelfilter, Holzboden, ESP, EDS, Radstand 3.00 m, Fr. 23 950.– inkl. 7,6 MWST, Leasingmöglichkeit. Erwin Walder, Pünstr., 8175 Raat,Tel. 079 216 34 13.

Brennholz, Buche, Tanne, Esche, auf Wunsch gefräst und geliefert sowie **5 Junge Bordercoliermischlinge**. Tel. 055 245 16 58.

Einspänner-Bockwagen. Eisenbereift, alle Holzteile neu. Tel. 044 935 15 64.

Kaufen ist billiger als mieten: Kloten, an ruhiger, sonniger und sehr zentraler Lage zu verkaufen, schöne, moderne **1½–2-Zimmer-Wohnung**. Kaufpreis: Fr. 240 000.–, Anzahlung. rd. Fr. 50 000.– Monatliche Kosten nur zirka Fr. 500.– inkl. Hyp.-Zinsen. A. Krummenacher, im Grünen Hof 68, 8133 Esslingen, Tel. 044 984 07 82.

Weisses Brautkleid, Gr. 42. Rücken und Schulterfreies Kleid mit Perlenstickerei an Brustteil und Rocksaum, inkl. Stola, Unterrock und Schuhe. VP: Fr. 350.–, Susanne Wittwer, 8493 Saland, Telefon 052 386 33 10.

«**Taul**» **Federzinkenegge** mit Krümler 2,2 m; «**Simar**» **Rebberghacke,** 80 cm, kombiniert mit Mulchbalken, 120 cm, Armin Schreiber, Schlossbergstr. 4, 8465 Rudolfingen, Tel. 052 319 11 71.

Jauche-Bewässerungs-System: 1 Schweizer **Schneckenpumpe**. 2 **Schlauchhaspeln** mit je ca. 300 m Schläuche, PE 2½. 1 **Jauchewerfer Fankhauser,** günstig. Andreas Gerber, Kemptnerstr. 40, 8345 Adetswil, Tel. 044 939 23 10.

2 Brücken für Heuwagen. Verschiedene **Holzräder**, **Korbflaschen**, **Fässer**. Günstig abzugeben. Hansruedi Isler, Gisihegi, 8824 Schönenberg, Tel. 079 691 32 43.

Gafner Mistzetter. Vario 5,5 m³. Frisch revidiert. Fr. 14 000.–, H. Baumann, Turbenthal, Telefon 052 385 33 05.

Klavier zu verkaufen. Ungefähr 60-jährig. Marke Feurich, gekauft im Jecklin ZH, Fr. 4000.–. Tel. 078 751 07 33.

BMW 530i, Automat, 11/04, schwarz-met, 138 000 km. Telefon, Ledersitz, Navigationssystem, 8fach bereift, Fr. 27 000.–. Tel. 079 659 09 45.

Elektr. Heuschrote, Sägenmod. 380 Volt, Fr. 200.– wie neu; **Heubelüfter** mit allem Zubehör, Fr. 300.–. Tel. 044 920 14 06.

Schneefräsen, 5–13 PS; **20 t Holzspalter**; Unifores **Seilwinden** 5–8 t; Demo **Kreiselschwader.** Tel. 079 359 85 16.

Zwillingswagen «Inglesina» mit Sonnendach und Regenschutz. Tel. 052 232 73 75.

SBB-Weichenlaterne einf. elektrifiziert evtl. als Gartenbeleuchtung, Fr. 200.–; 1 **Ölbild** mit Rahmen «**Heilighüsli**» Rapperswil. Telefon 044 713 25 52 oder 079 500 25 52.

ZU KAUFEN GESUCHT

Achtung! Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.** Komme bei Ihnen vorbei. **044 822 26 11.**

Heurüstmaschine Kranmodell, el. Siloverteiler, el. Heumesser, 220 V, Schaufelrührwerk. Telefon 079 678 81 49.

Kaufe alles aus Gold und Silber! Schmuck, Uhren, Münzen, Altgold usw. Tel. 052 343 53 31, H. Struchen.

Grassiloballen, kleinere oder grössere Posten. Tel. 079 228 53 89.

Toyota Camry Komby. 2,2 l, Jg. 92, Automat, ausgebaut oder ganzes Auto. Alles Anbieten, bei Erfolg winkt Trinkgeld extra. Heidi Wildhaber, Oberzelgstr. 7, 8618 Oetwil am See, Tel. 044 929 12 31 oder 076 414 19 40.

Alte Vespas und **Vespateile**. Bitte alles anbieten. Tel. 079 691 58 51.

Wellblech/Profilblech, Länge 2 m, zirka 60 m², gebraucht oder günstig. Tel. 052 745 30 11.

Occasions Knotengitter, 120 cm hoch, 100–400 Laufmeter, und 100 Pfähle, 180–200 cm lang. Tel. 044 833 14 44.

Haben Sie etwas zu verkaufen?
Ich kaufe es. Tel. 079 218 17 10.

ZU VERSCHENKEN

Küche, Eiche, massiv 186/327 mit GS, KF, KS, BO, + sep. Ober- und Unterteil, 120 cm br. Tel. 044 761 64 28 oder to.hofmann@bluewin.ch (Fotos). Termin 7.3.09.

SVP-NETZWERK

SVP-Fotograf Christian Mettler steht auch Ihnen für Aufträge gerne zur Verfügung. Telefon 079 689 29 71. E-Mail: cmettler@hispeed.ch

Bodenständige Versicherungslösungen!
Herr Andreas Stahel von der Nationale Suisse steht Ihnen für Gesamtberatungen und Offerten gerne zur Verfügung. Tel. 055 222 59 45, E-Mail. andreas.stahel@nationalesuisse.ch

IMMOBILIEN

Zu verkaufen in **Vals** im Haus Zervreila **renoviertes Studio.** Nähere Infos unter Tel. 044 221 11 12, Di–Fr. 9.00 bis 18.00 Uhr.

Gesucht: **Landwirtschaftsland** u./o. **Landwirtschaftsbetrieb,** Kauf oder Pacht zu Höchstpreisen, Landparzellen mind. 150 a, für Gemüsebau geeignet, Region Weinland/Thurtal/Bodensee.

Kontakt:

Walter Jucker
Landwirtschaftliche Beratungen
Wallikerstrasse 81, 8330 Pfäffikon ZH
Tel. 044 950 08 42, www.juckerberatung.ch

Privatmann **sucht** für Ausland-CH **Bauland** für 1 bis 3 MFH im Kanton Zürich, direkt vom Besitzer. Tel. 044 994 76 47.

Schweizer Familie, SVP-Mitglied mit 2 kl. Kindern sucht **Haus/älteres Haus** zu fairem Kaufpreis in Thalwil, Oberrieden, Wädenswil, Au, Richterswi oder Albisrieden. Direkt vom Besitzer. Telefon 079 207 36 29. Danke.

ZU VERMIETEN

Wanderferien wenn die Macchia blüht, Badeferien im Sommer auf der Insel **ELBA**. Auch der Hund darf mit. Unser Bungalow ist noch nicht ganz ausgebucht. www.ferienhaus.elba.ch und Sie wissen mehr. Huber, Tel. 044 915 24 28.

Für Einweihungen, Firmenjubiläen, Hochzeiten, Geburtstage. Grosse **Chilbiorgel** zu vermieten. Paul Weber, Hornstr. 6, 8805 Richterswil, 079 216 43 44.

In Neerach zu vermieten **6½-Zi-Bauernhaus** mit Kachelofenzentralheizung, Bad, Dusche, sep. WC, per 1.7.09 o.n.V. Tel. 044 858 25 22.

ZU MIETEN GESUCHT

Scheune oder Schopf, trocken, Lager von Standhüslis, Kartons, Hölzer, Deko usw. Langjährig, Referenzen und Vorauszahlung, auch grosse Heubühne geeignet, in Zürichs Umgebung, Umkreis 30 km. Offerten bitte an: B. Piechna ZH, **Tel. 044 251 59 58**, danke.

STELLEN-ANGEBOTE

Maschinenring sucht **motivierte Leute,** die anpacken können, Raum Kanton Zürich für Landwirtschaft, Gartenbau, Bau, wochenweise oder länger, Tel. 055 251 41 41.

Gesucht **selbständige Therapeutin** (Akupunktur, Massage, Cranio usw.) in Praxisgemeinschaft in Dietikon. Auskunft unter Tel. 079 275 26 23.

STELLENGESUCHE

IV-Rentner sucht **Teilzeitjob**: Privatchauffeur, Botengänge, Div. Tel. 052 343 40 09/079 635 17 46.

Raumpflegerin mit Erfahrung sucht eine Stelle als Hausangestellte auf den 2.4.09, Mo und Mi, Umgebung Effretikon, Wetzikon, Dietlikon, Wallisellen, nur mit (ÖV). 052 343 40 09/079 617 24 53.

IHR INSERAT FÜR DEN WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? Inserieren Sie einfach und unkompliziert: Füllen Sie den Coupon aus und retournieren Sie ihn mit dem passenden Barbetrag.

3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für nur Fr. 20.– inkl. MWSt

6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für nur Fr. 40.– inkl. MWSt

Wählen Sie bitte die gewünschte Rubrik

☐ zu verkaufen ☐ zu verschenken ☐ zu kaufen gesucht
☐ zu vermieten ☐ Freizeit/Kontakte ☐

Anzahl der Erscheinungen ____ mal

Name
Vorname
Strasse
PLZ/Ort
Telefon
E-Mail

Einsenden an: «Zürcher Bauer/Der Zürcher Bote», Inserate, Herbert Keller, Seestrasse 95, 8800 Thalwil.
Einsendeschluss: jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Leider können wir nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag beiliegt. Besten Dank für Ihr Verständnis

DIENSTLEISTUNG

Webdesign für KMU/Vereine/Private. Günstige Werbelösungen und ansprechendes Design, kombiniert mit bestmöglicher Betreuung. **bosshardwebdesign.ch**

REISEN

Single-Reisen, Events- und Ausflüge! Infos unter www.single-reisen.ch oder G.: 043 843 74 77.

ANGEBOT

Heldenangebot von 007 Bio Wein! Der Natur und Gesundheit zuliebe den besseren SVP-Wein besorgen vom Rebenschneider, 8453 Alten, Tel. 052 317 16 47.

STEUERBERATUNG

Steuererklärung ausfüllen ab Fr. 60.–. Bättig Treuhand, Tel. 052 222 34 64.

ZÜRCHER BOTE/BAUER RÄTSELSPASS

DAS KÖNNEN SIE GEWINNEN:

Einmal einen Strauss des Monats im Wert von Fr. 69.–,
offeriert von Fleurop-Interflora.

Die Kraft des Frühlings, mit all seinen Farben, spiegelt sich in diesem Strauss. Erwarten Sie jetzt schon die Wärme des Frühlings voller Vorfreude? Schenken Sie doch einfach ein bisschen davon, das lässt die frostigen Wintertage vergessen. Es ist ganz einfach: Blumen schenken, Freude schenken! Sie können den Strauss des Monats in allen Fleurop-Interflora-Fachgeschäften kaufen oder bestellen. Tel. 0800 870 870 (gebührenfrei), von 7.00 bis 22.00 Uhr, 7 Tage die Woche, oder www.fleurop.ch

So können Sie gewinnen!

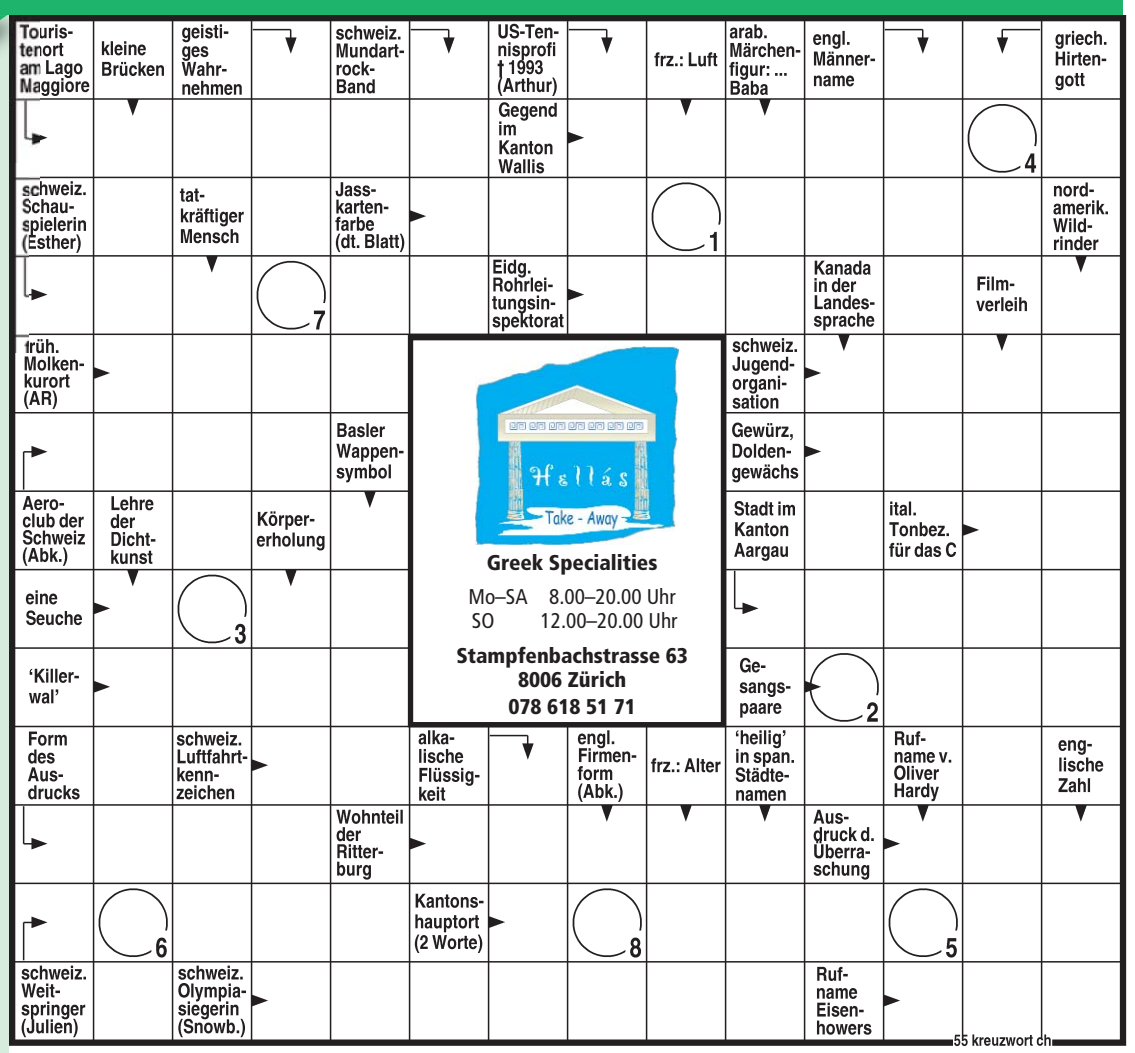
Senden Sie an die unten stehende Adresse eine frankierte Postkarte mit dem Lösungswort und der Ausgabenummer. **Einsendeschluss ist Mittwoch, 11. März 2009:**

Zürcher Bote/Bauer
Wochenrätsel
Seestrasse 95
8800 Thalwil

Über das Gewinnspiel wird keine Korrespondenz geführt.
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Der Gewinner aus Nr. 07/09
Lösungswort: Initialen
Gewinner: F. Müller, Regensdorf

Schwedenrätsel
Das Lösungswort ergibt sich, wenn Sie die Buchstaben aus den nummerierten Kästchen in die Lösungsfelder übertragen.



1	2	3	4	5	6	7	8

Lösungswort Woche 10/09

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Abgew. Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

VORANKÜNDIGUNG

Zürcher Ratsherren-Schiessen im Rafzerfeld / Zürcher Unterland
Montag, 13. Juli 2009, 17. Zürcher Ratsherren-Schiessen in den Schiessständen von Eglisau, Wil, Wasterkingen und Rafz.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 9. März 2009, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Schmiden.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach / Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf
Jeweils am ersten Montag im Monat, ab 20.00 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

Bezirk Horgen / Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Horgen / Rüschlikon
Der Barometer findet jeweils am ersten Donnerstag im Monat von 17.30 bis 19.00 Uhr, Restaurant «Tracht», statt.

Bezirk Meilen / Männedorf
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Widenbad, Männedorf (ausgenommen August).

Bezirk Pfäffikon / Illnau-Effretikon
Jeden ersten Montag im Monat, 18.30 bis 20.00 Uhr, Restaurant Rössli, Illnau, U30-Stamm (Jahrgang 1977 und jünger).

Jeden Gemeinderatsdonnerstag, 17.00 bis 19.00 Uhr, Donnerstagsapéro, QN-Bar, Effretikon.

Bezirk Pfäffikon / Weisslingen
Jeweils am letzten Samstag im Monat, ab 10.30 Uhr, Nöggis Bierhanä, Neschwil.

Bezirk Uster / Uster
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil.

Bezirk Winterthur / Altstadt, Mattenbach, Veltheim und Töss
Jeweils am letzten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, in der Café Bar Lifestyle, Schaffhauserstrasse 64, Winterthur.

Bezirk Winterthur / Elgg
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Eintracht, Elgg.

Bezirk Winterthur / Seuzach
Jeden ersten Sonntag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Bernergüetli, Seuzach.

Stadt Winterthur / Seen
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur / Wülflingen
Jeweils Samstagmorgen, ab 11.00 Uhr, Restaurant Hirschen, Winterthur-Wülflingen.

Stadt Zürich / Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 11
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

Stadt Zürich / Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Ziegelhütte (Ende Hüttenkopfstrasse, Zürich).

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern / Hausen am Albis
Montag, 9. März 2009, 20.00 Uhr, Albishorn, Bergrestaurant, Generalversammlung mit Fondueplausch.

Montag, 20. April 2009, 20.00 Uhr, Restaurant Schönegg, Stammtisch.

Bezirk Dietikon / Dietikon
Montag, 9. März 2009, 19.30 Uhr, Restaurant Honeret, Dietikon, 74. Generalversammlung. Traditionsgemäss wird anschliessend ein Imbiss offeriert.

Bezirk Horgen / Adliswil
Freitag, 27. März 2009, 20.00 Uhr (Apéro ab 19.30 Uhr), Singsaal, Schulhaus Kronenwiese, Adliswil, Generalversammlung. Im Anschluss wird ein kleiner Imbiss offeriert. Interessenten, Freunde und Bekannte sind willkommen.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Dienstag, 10. März 2009, 19.30 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht, Generalversammlung.

Bezirk Pfäffikon / Russikon
Dienstag, 24. März 2009, 20.00 Uhr, Restaurant Krone (kleiner Saal), Russikon, 55. Generalversammlung. Im Anschluss an die GV wird allen TeilnehmerInnen ein Imbiss offeriert!

Bezirk Uster / Uster
Samstag, 6. Juni 2009, Parteiausflug ins Toggenburg mit Besuch des Parteipräsidenten Toni Brunner in seinem Restaurant. Weitere Details folgen.

Bezirk Winterthur und Winterthur Stadt
Sonntag, 29. März 2009, 10.00–15.00 Uhr, in den Treibhäusern auf dem Betriebsareal der **Christian Achermann AG**, Rümikerstrasse 37, Winterthur Hegi (vis-à-vis Media-Markt), Jazz-Matinée 2009. Es spielt für Sie die «Lake City Stompers Old Time Jazz Band». Eintritt frei. Festwirtschaft. Anwesend ist die Prominenz aus Politik und Wirtschaft.

Junge SVP Kanton Zürich
Freitag, 27. März 2009 bis Sonntag, 29. März 2009, Arosa, Snow-Weekend (Option: Anreise am Samstag, 28. März 2009). Übernachtung: Jugendherberge «Backpackers Mountain Lodge». Kosten: Zirka 261 Franken (zulasten der Teilnehmer). Im Preis inbegriffen sind Übernachtung, Frühstück, 2-Tagesskipass und Kurtaxe. Anreise: Grundsätzlich individuell. Es besteht die Möglichkeit, gemeinsam mit dem Zug anzureisen. Die Teilnehmerzahl ist beschränkt. Anmeldung so schnell als möglich an Simone Akermann (akermann@jsvp-zh.ch) oder Natel 078 681 80 30.

Stadt Zürich / Kreis 8
Dienstag, 5. Mai 2009, 19.30 Uhr, Restaurant Hegibach, Neumünsterstrasse 34, Zürich, Mitgliederversammlung mit Gastreferent Nationalrat Prof. Dr. Christoph Mörgeli. Offen für alle Sympathisanten und Interessenten.

Stadt Zürich / Kreis 10
Donnerstag, 12. März 2009, 19.30 Uhr, Restaurant Brühl, Zürich, Generalversammlung.

Samstag, 18. April 2009, 10.00 Uhr, Migros Höngg, Zürich, Standaktion.

Samstag, 25. April 2009, 10.00 Uhr, Röschibachplatz, Zürich, Standaktion.

SVP-FRAUEN

Frauengruppe SVP Stadt Zürich
Dienstag, 21. April 2009, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Donnerstag, 3. September 2009, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Montag, 2. November 2009, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Dienstag, 26. Januar 2010, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

SVP-Frauen Bezirk Meilen
Donnerstag, 12. März 2009, 19.30 Uhr, Restaurant Krone, Feldbacherstrasse 2, Hombrechtikon, «David und Goliath in Seldwila ist noch nicht Geschichte». Margrit Zopfi wird über die aktuelle Situation und die Zukunftsperspektiven Auskunft geben und vor allen erzählen, wie sie um ihren Ruf, ihre Ehre und um Recht und Gerechtigkeit kämpfen muss. Es ist möglich, nach der Veranstaltung etwas zu essen. Hombrechtikon ist auch mit dem ÖV erreichbar: S7 Zürich – Stäfa, mit Bus Nr. 955 nach Haltestelle Krone Hombrechtikon.

SVP-Frauen Bezirk Winterthur
Freitag, 3. Juli 2009, Grillkurs. Weitere Angaben folgen.

Samstag, 21. November 2009, traditionelles Racletteessen. Weitere Angaben folgen.

SVP-Frauen Kanton Zürich
Donnerstag, 12. März 2009, 19.30 Uhr, (Türöffnung 19.00 Uhr), Hotel Banana City, Schaffhauserstrasse 8, Winterthur, Nähe Hauptbahnhof Winterthur (Rückseite), Konferenzraum 1 (5. OG/Lift), SVP-Frauen Kanton Zürich/SVP-Frauen Winterthur, zusammen mit **SIFA – Sicherheit für alle** (http://www.sifa-schweiz.ch, http://svpfrauen.ch), öffentliche Veranstaltung zum Thema «Besondere Mittel der Kantonspolizei Zürich». Referent: Rainer Lanker, Instruktor Sicherheitsdienst. Im Anschluss sind alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu einem Apéro eingeladen.

Montag, 11. Mai 2009, 19.00 Uhr, Restaurant Krone, Seestrasse 117, Uetikon am See, Themenabend mit der Verkehrskommission der SVP des Kantons Zürich.

19.00 Uhr	Türöffnung.
19.30 Uhr	Vorstellung der Verkehrskommission der SVP des Kantons Zürich, Hans-Peter Amrein, Präsident Verkehrskommission.
19.40 Uhr	Kurzvortrag «Gesetzliche Grundlagen bei Verkehrsprojekten», Hans-Peter Amrein, Präsident Verkehrskommission. Anschliessend Fragerunde.
20.10 Uhr	Kurzvortrag «Flughafenpolitik im Kanton Zürich», Kantonsrat Lorenz Habicher. Anschliessend Fragerunde.

Im Anschluss sind alle Teilnehmer und Gäste zu einem Apéro eingeladen. SVP-Mitglieder, Sympathisanten und Parteifreunde sind herzlich willkommen! Organisation: SVP-Frauen Kanton Zürich zusammen mit SVP-Frauen Bezirk Meilen und Verkehrskommission der SVP des Kantons Zürich.

Dienstag, 8. September 2009, SVP-Veranstaltung für Parteimitglieder und Sympathisanten. Referent: Nationalrat Dr. Ulrich Schlüer, Redaktor Schweizerzeit. Weitere Angaben folgen.

Dienstag, 20. Oktober 2009, Veranstaltung. Weitere Angaben folgen.

Donnerstag, 26. November 2009, Weihnachtsanlass. Weitere Angaben folgen.

Montag, 7. Dezember 2009, 14.30 Uhr, Besammlung im Foyer Rathaus Zürich. Besuch des Zürcher Kantonsrates unter der Leitung von Kantonsrätin Theres Weber. Filmvorführung und Führung durch das Rathaus mit anschliessendem Apéro. Sicherheitskontrolle beim Eingang: ID oder Pass mitbringen. Anmeldung: Jacqueline Hofer, info@jhofer.ch, Telefon 044 820 20 90. SVP-Mitglieder und Parteifreunde sind herzlich willkommen.

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

Samstag, 14. März 2009, 11.30 Uhr, Restaurant Bären, Bernstrasse 25, Ostermundigen, öffentliche Veranstaltung zum Thema «Schweizer Armee – wie weiter?» mit Nationalrat Bruno Zuppiger, Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission SIK. Organisation: Pro Libertate. Der Anlass wird unterstützt durch PIKOM und Junge SVP Schweiz.

Mittwoch, 18. März 2009, 17.00–20.00 Uhr, Hotel Bellevue Palace, Kochergasse 3–5, Bern, das grosse gemeinsame Podium «Die Zukunft der Schweizer Armee». Programm:
- Begrüssung: Markus Spillmann, Chefredaktor NZZ.
- Die globale Bedrohungslage: Eine neue Sicherheitsarchitektur angesichts asymmetrischer Herausforderungen Prof. Herfried Münkler, Humboldt-Universität Berlin.
- Schweizer Armee – Stand heute mit Bundesrat Ueli Maurer.
- Streitpunkte: Bruno Lezzi, NZZ; Daniel Foppa, Tages-Anzeiger; Beni Gafner, Autor «Armee am Abgrund».
- Podiumsdiskussion, Leitung: Roger Köppel, Chefredaktor Weltwoche. Teilnehmer: Brigadier Daniel Lätsch, Bruno Lezzi, Daniel Foppa, Beni Gafner.
- Résumé: Peter Hartmeier, Chefredaktor Tages-Anzeiger.

Anschliessend Apéro im Salon du Palais. Eintritt: CHF 30.–. Vorverkauf: www.ticketcorner.com, alle Ticketcorner, Manor, SBB, Die Post, Telefon 0900 800 800 (von 8.00 bis 22.00 Uhr/CHF 1.19/Min.). Beschränkte Platzzahl. Mit grosser Unterstützung von La Roche Banquiers & Co, Siemens, Swisscom und RUAG.

SVP Schweiz – Zukunftsseminare Junge vor!
Samstag, 14. März 2009, 11.00–16.00 Uhr, Landgasthof Sonne «Haus der Freiheit», Wintersberg, Ebnat-Kappel (www.hausderfreiheit.ch), Zukunftsseminare mit Parteipräsident und Nationalrat Toni Brunner sowie Fachreferenten. Zielgruppe: 16 bis 26 jährige Jugendliche. Thema: «Der Weg der Schweiz in Europa». Weitere Daten:
- Samstag, 4. April 2009: «Die Zukunft unserer Sozialwerke».
- Samstag, 25. Juli 2009: «Bildungsstandort Schweiz».
- Samstag, 12. September 2009: «Herausforderung Migration».
- Samstag, 19. September 2009: «Wieviel Staat wollen wir?».
- Samstag, 7. November 2009: «Welche Landwirtschaft für die Schweiz?».

Teilnehmerzahl pro Anlass beschränkt. Die Seminare sind gratis, Mittagessen und Getränke gehen zu Lasten der Teilnehmer. Anmeldung bei Marcia Cerantola, Telefon 031 300 58 56 oder E-Mail: cerantola@svp.ch.

MOTORRAD-CLUB SVP

Generalversammlung
Freitag, 17. April 2009, 19.45 Uhr, (Apéro 19.15 Uhr), Restaurant Ziegelhütte, Hüttenkopfstrasse 70, Zürich-Schwamendingen, ordentliche Generalversammlung.

Höcks
Dienstag, 12. Mai 2009, 19.30 Uhr, **1. Höck,** Schwyzerhüsli Wührenbach, Horgenberg.

Donnerstag, 4. Juni 2009, 19.30 Uhr, **2. Höck,** Restaurant Eichmühle, Hettlingen.

Dienstag, 14. Juli 2009, 19.30 Uhr, **3. Höck,** bei Familie Balsiger, Niederhasli.

Donnerstag, 6. August 2009, 19.30 Uhr, **4. Höck,** Restaurant Gyrenbad, Turbenthal.

Jahresschlusstreffen
Freitag, 2. Oktober 2009, Waldhüttenfest.

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote

ISSN 1660–6701
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,4% Mehrwertsteuer

Redaktion: Seite 1–8
Christoph Bähler (ba.), Daniela Vas (vs.)
Tel. 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch

Mitarbeiter:
Claudio Zanetti (zac.), Hans Fehr (fe.)

Redaktion:
«Zürcher Bauer»
Nüschelerstrasse 35, 8001 Zürich
Tel. 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32
bauernverband@zbv.ch, PC 80-1718-7

Inseraten-Annahme:
«Zürcher Bote», Inserate
Seestrasse 95, 8800 Thalwil
Tel. 044 722 77 76, Fax 044 720 10 78
E-Mail: inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Mittwoch 15.00 Uhr
Insertionspreis 89 Rp. die einspaltige Millimeterzeile, Gelegenheitsinserate 1-spaltig bis 35 mm Fr. 30.–
+7,6% Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

Einladung

SVP Frauen Bezirk Meilen

David und Goliath in Seldwila ist noch nicht Geschichte

12. März 19.30 Uhr
Restaurant Krone, Feldbacherstr. 2, Hombrechtikon

Esther Wyler und Margrit Zopfi wurden in der Zürcher Bevölkerung bekannt, als die mutigen Frauen, die sich dem übermächtigen Stadtrat Zürich entgegenstellten. Sie haben die Missstände im Sozialamt aufgedeckt.

Endet nun die Geschichte? Nein. Frau Wyler und Frau Zopfi stehen noch heute in einem unüblich langen Strafverfahren. Vieles ist noch nicht entschieden.
Frau M. Zopfi wird über die aktuelle Situation und die Zukunftsperspektiven Auskunft geben und vor allem erzählen, wie sie um ihren Ruf, ihre Ehre und um Recht und Gerechtigkeit kämpfen muss.

Es ist möglich, nach der Veranstaltung etwas zu essen

Hombrechtikon ist auch mit dem ÖV erreichbar.
S 7 Zürich–Stäfa, mit Bus 955 nach Haltestelle Krone Hombrechtikon

sifa

Einladung zur sicherheitspolitischen Veranstaltung: «Besondere Mittel der Kantonspolizei Zürich»

Winterhur: **Donnerstag, 12. März 2009**
19.00 Uhr Türöffnung
19.30 Uhr Beginn
Hotel Banana City **** www.bananacity.ch
Konferenzraum 1, Schaffhauserstrasse 8, Winterthur

Besondere Mittel der Kantonspolizei Zürich
Referent: Rainer Lanker, Instruktor Sicherheitsdienst

Im Anschluss sind alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu einem Apéro eingeladen!

– Die Veranstaltung ist öffentlich
– Nähe Hauptbahnhof Winterthur
– Parkplätze vorhanden

Sie sind herzlich willkommen!

Organisation: «Sifa – Sicherheit für alle»
Geschäftsführer Nationalrat Dr. Ulrich Schlüer zusammen mit den SVP-Frauen Kanton Zürich / Bezirk Winterthur

Kontakt: Jacqueline Hofer, info@jhofer.ch,
www.svpfrauen.ch · www.sifa-schweiz.ch

SVP Frauen Kanton Zürich

Gestaltung: Karin Hofer · www.tgc.ch